

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 1,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark. Anzeigen, in der Post-Beilage-Veranstaltung für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verlautbarung-Anzeigen 25 Pf. Interim für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgelesen werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 9. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Bei der Parteikasse gingen im Monat Dezember folgende Beiträge ein:

Nach 178,60. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 250,—. 4. Kreis (Ost) 1000,— (darunter Bierprocente von den Tischlern Kopenstr. 81 5,—. Bierprocente Belling und Dirsch 8,—. Berndt, Grüner Weg, 3,—.) 4. Kreis (Südost) 400,— (darunter Stadtklub Tourne, Wrangelstr. 84, 2. Buße 5,—. Lauscher Rindtause —75. Gefellensheim Alexandrinenstr. 1,50.) 6. Kreis: Dranzenburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 350,— (darunter amerik. Auktion Geburtstagsfeier bei Haserland 3,—. Ueberich v. W. Jakob durch Benzner 4,—. Durch Lafesth 6,—. Amerik. Auktion v. ein paar Hofenträgern, Chausseestr. 70 3,08). 6. Kr. Schön. Vorstadt 208,— (darunter ges. auf einer Geburtstagsfeier d. Krause 3,—. Berlin div. Beiträge H. B. 50,—. P. S. 50,—. Dr. L. H. 20,—. Drei v. Frege'sche grüne Jungens aus Moabit 3,—. J. S., gemütliche Stammkneipe 4,25. Gutenberg 100,—. Amerikanische Auktion von drei noch unverkauften Zigaretten 3,—. Bellealliancestr. 79 1,60. Vom aufgeldsten „Empor“ durch H. 4,55. Möbelfabrik von Barth, Fruchtstr. 20,—. Gürtler der Firma Calm u. Bender 6,50. Amerikan. Aukt. eines Regenschirms Blumenstr. 2,20. Noth's Weichen 10,—. Gastwirthschaftsbesitzer, Ueberich v. W. Vergnügen 50,—. Zugenbund 4,—. Sammelgebeur und Bierprocente der Bronzwaarenfabrik v. Motian, Ritterstr., durch J. 188,30. Aufführung der Zummern 2,85. Kontobuch-Arbeiter, Kochstraße 5,—. Gießerei Oranienstr. 9, mit einer Ausnahme 4,70. Nothe Buchbinder aus der Grünstraße 5,—. R. Schulze, Zigarettenfabrik, Friedrichsfelderstr. 21, 7,50. Von Zigaretten durch Grau 20,—. Von Arbeitern und Arbeiterinnen der Deutschen Hutfabrik 60,—. Pfeiffer's Brodbäckerei 1,20. H. E. S. 8,80. Bierprocente d. H. v. W. Pollack 3,—. E. U. in Ch. d. Od. 30,—. Reinickendorfer Seyperbund von Herrn Dertel 2,05. Sudifer, Breitenstraße 3,—. Geburtstag der Schneider bei Köllig, 16. Dezember 5,—. Von der rothen Geburtstagsfeier beim Genossen Hüne, Loc. gesammelt d. Preus 4,10. Wunderklub „Norden“ 2,—. Gesammelt von mehreren Gästen beim musikalischen Paul, Königsbergerstraße 1,80. Straßfurter Stadtklub 5,—. 5 Schallöpfe B. Harfeld-Berlin, 4. Klasse 2,05. Amerik. Auktion v. Bernice, Prinzen-Allee 5,31. Bonn a. Rh. 30,—. Budau, statt Schnaps 1,—. Warmbeck-Hamburg, Teller Sammlung bei einer Mahlzeit des Sparklub Weihnachten 5,—. Warmbeck, Sparklub Achtkundentag 5,—. Brambach i. B., rothe Rindtause 1,50. Conradsthal 1,50. Chemnitz, 16. sächs. Reichstags-Wahlkreis 2000,—. Cassel, von einem alten Genossen 5,—. Düsseldorf, gesammelt auf einer rothen Hochzeit in Rippshaus bei Heiden 5,—. Dresden, Ueberich v. W. „Jakob“ lebenden Zigarettenarbeiter durch Th. 18,—. Elberfeld 300,—. Glauchau, amerikanische Auktion beim Lannendbaum-Vergnügen des Volkvereins 22,55. Gera (Reich), von Genossen 50,—. Hamburg, Zigarettenfabrik Ladegast 12,—. Hohenstein-Ernstthal 10,—. Desgl., Procente vom Produkten-Vertheilungs-Verein 6,—. Hamburg-Eppendorf, Ueberich v. W. Eppendorfer Bürgergarten 24,20. Hamburg, die Alten vom 3. Wahlkreis 370,16. Desgl., Sparklub z. U. Wasserthurn, Bierländerstr. 30, 10,—. Desgleichen Ueberich v. W. 81. Bezirk des II. Wahlkreises 8,65. Desgl., Ersparnisse von Scheffler's Bau, letzte Rate 81,90. Desgl., Böhling und Mühle 20,55. Halbe, unter Genossen gesammelt

durch R. 5,50. Hildesheim, 10. hannöv. Wahlkreis 100,—. Kiel, Geburtstagsfeier eines rothen Modellfischers 3,11. Kirchberg i. S., Ueberich v. Christbaum 10,48. Paderb., v. Referenten einer öffentlichen Wöthcherversammlung 4,80. Pommern b. Hannover, rothe Spieler 6,—. Pöschwitz, v. Regellub Neu-Pöschwitz durch H. St. 3,—. Pauenburg a. d. Elbe, die Nothen vom Lieberkranz, Sylvesterabend 3,—. Puzenburg, 2. 200,—. Puzen, rother Geburtstag 1,20. Desgleichen, Weihnachtsgeschenk v. einem rothen Genossen 5,—. Minden-Lübbecke, aus dem Wahlkreise durch d. Vertrauensm. 20,—. Neustadt (Perg. Cob.) 5,—. Neudamm, von zielbewußten Genossen 4,—. Nürnberg 300,—. Ostpreußen, Offenbach-Dieburg, Wahlkr. 50,—. Ober-Langensielau, amerik. Akt. 3,—. Reichenau i. S., ges. auf einer rothen Hochzeit 2,—. Rostock, durch R. E. 100,—. Reichenbach i. Schl., Ueberich v. Vergnügen 10,—. Seundorf b. Pirna, rothe Hochzeit 4,20. Schwiebus 10,05. Sebnitz i. S., ges. auf einer Rindtause 2,47. Spandau, gemütliche Rindtause 2,20. Teltower Kreis durch W. zurück 400,— (darunter von Köpenick 100,—, von Nixdorf 100,—, vom internationalen Preisverein Köpenick-Adlerhof 20,—). Thorn, amerik. Auktion Geburtstagsfeier Kirchhoffstr. 5,10. Wegesack, ges. auf einer Geburtstagsfeier von grünen Jungens mit Vollbärten 2,85. Willau i. S., amer. Auktion einer Stange Meerrettig 1,55. Waaren, von katholischen Arbeitern aus der Zuckerfabrik 4,26.

In der Quittung vom 10. Dezember 1893 Nr. 290 des „Vorwärts“ muß es heißen statt Oberlinghausen: Derlinghausen, statt Hamburg II. Wahlkreis: Hamburg III. Wahlkreis 2000,—.

Berlin, den 8. Januar 1894.

Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Raybachstr. 9, I.

Die Börse, die bürgerliche Presse und die Sachverständigen.

Der Bericht der Börsen-Enquete-Kommission, der begleitet von einer stattlichen Reihe Denkschriften, stenographischer Verhandlungsprotokolle und anderer Anlagen dem Reichstage zugegangen ist, verdient es, eingehend auch in diesen Blättern behandelt zu werden. Es versteht sich, daß für uns die Ergebnisse der Erhebung nur insoweit von besonderer Bedeutung sind, als sie einen sozialpolitischen Charakter haben. Einzelfragen, Angelegenheiten der Börsentechnik kommen für uns nur dann in Betracht, wenn und sofern sie einen Schluß auf den Gang der wirtschafts-geschäftlichen Entwicklung zulassen. Wir behalten uns vor, nach und nach die wichtigsten Abschnitte der Enquete zu besprechen. Heute beschränken wir uns auf das in dem Bericht (S. 21, 23, 24, 25) erörterte Verhältniß von Börse und bürgerlicher Presse.

Die Kommission, die sich aus Regierungsbeamten, Universitätsökonomien, Agrarier und Großbankiers zusammensetzte, hat den Befehlgebern u. a. auch die Errichtung eines Börsendisziplinarkommissars empfohlen. Unter den von diesem Disziplinarkommissar zu ahndenden Handlungen ist im Absatz 2 verzeichnet:

Die Gewährung und Annahme von Geschenken in der Absicht, Veröffentlichungen in der Presse zu Gunsten oder zum Nachtheil gewisser Unternehmungen herbeizuführen oder zu unterstützen.

Der Bericht leitet die Begründung seines Vorschlages wie folgt ein: „War auch die Mehrheit der Kommission auf Grund der Darlegungen der Sachverständigen der Ansicht, daß es eine größere Zahl von Presseorganen giebt, die der Besichtigung nicht zugänglich sind, so mußte andererseits doch angenommen werden, daß eine Reihe von Blättern mehr oder minder regelmäßig Zusendungen von größeren Bankhäusern erhalten, die dazu führen müssen, sie in eine gewisse Abhängigkeit von denselben zu bringen.“

Der Bourgeoispresse, um die es sich hier einzig und allein handelt, wird hier von Sachkundigen ein Zeugniß ausgestellt, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Welch ein schwacher Trost für die berufenen Vorkämpfer von Sittlichkeit, Ordnung, Glaube und Eigenthum, daß doch wenigstens „eine größere Zahl“ von Organen vorhanden sei, die sich nicht bestechen lassen! Doch der Trost erscheint noch um vieles hülfreicher, wenn wir die Vernehmungen der Sachverständigen prüfen. Am neunten Verhandlungstage, am 20. Mai 1892 wird ein Wissender verhört, der Generalkonsul Russell, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft ist. Er erklärt zwar — leider haben unsere deutschen Enquetekommissionen nicht das Recht der eidlichen Vernehmung —, aus eigener Kenntniß habe er nichts darüber mitzutheilen. Aber er fährt dann fort (Protokolle S. 578):

Im Allgemeinen müssen wir mit der Thatsache rechnen: das Pressegewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse. Der Eigentümer der Zeitung will aus der Zeitung einen Ueberichuß erzielen; er wird demzufolge regelmäßig darauf angewiesen sein, sich umfangreiche, namentlich gut bezahlte Inserate zu beschaffen. Das Bestreben, diese Inserate zu bekommen, ist ein berechtigtes und geht ausnahmslos wohl durch die ganze Presse, durch diejenige Presse, die sich häufig der Börse am feindlichsten zeigt, ganz in dem gleichen Grade. Es ist oft gar nicht zu sagen, welchen Bestürmungen durch Agenten wir regelmäßig zur Zeit von öffentlichen Emissionen irgend welcher Art ausgesetzt werden, und ich kann wiederum nur sagen, daß in sehr vielen Fällen, wenn man der betreffenden Zeitung das Inserat nicht giebt, dann am folgenden Tage ein ungünstiger Artikel über die betreffende Emission in der Zeitung steht, oder falls die Zeitung nach der Richtung hin vielleicht etwas vorsichtig ist, sonst ein mißliebiger Artikel. Das gilt nicht für alle Zeitungen, aber es ist naturgemäß, daß... hiernach durch die Presse geradezu ein gewisser Druck auf die Emissions-Institute geübt wird, ihnen die Inserate in einem weiteren Umfange zuzuwenden, als es die Emissionsinstitute sonst vielleicht thun würden. Ob und wie weit nun im einzelnen Falle den Zeitungsredakteuren oder sonstigen Persönlichkeiten — es brauchen ja nicht immer Zeitungsredakteure zu sein — Vergütungen dafür bezahlt werden, daß dieselben Artikel veröffentlichen, die auf

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

[11]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Als er fort war, begann die Mutter ihr Vorwürfe zu machen über ihr albernes, unverantwortliches Betragen. Lene, die noch immer erregt, runzelte die Brauen.

„Wie kann ich denn seine Sachen tragen,“ rief sie mit einigem Ungefühle sich gegen die Mutter wendend, „und gesetzt, wenn wir aufeinander böß würden und uns nicht mehr heirathen wollten, wie sollte ich sie ihm dann zurückgeben?“

„Nicht heirathen?“ rief die Mutter, die förmlich in sich zusammensank, „wie kannst Du daran nur denken.“

„Das wäre Euch wohl sehr unangenehm?“ fragte Lene, die selber nicht wußte, warum die jammervolle Miene der Mutter sie empörte.

„Unangenehm? Das wäre wohl für uns etwas mehr als unangenehm.“

„Für Euch?“ schoß es unbedacht über Lene's geschwungene Lippen, „das geht doch nur mich an.“ Sie sprach nicht weiter.

Vater Höder war aus der Thür getreten. Er hatte sie in den letzten Tagen oft so hoffnungsreich angelächelt, jetzt sah er ernst und unzufrieden aus.

„Dich geht es an, Dich allein, aber darum sollst Du auch nicht die schwere Verantwortung auf Dich laden, Dein Glück leichtsinnig verschert zu haben. Was Dir Erich bietet, kommt Dir im Leben nicht wieder, nie, aber ich glaube gar nicht, daß Du so unbedacht handeln könntest.“

„D. sie ist alles im Stande,“ jammerte die Mutter, „sie

denkt an nichts; sie hat sich nie darum gekümmert, woher wir's nehmen, und daß das Leben immer schwieriger wird, je größer die Kinder werden. Freilich, ihr hat's an nichts gefehlt, aber nun werden die Buben auch einmal etwas brauchen — aber das weiß der liebe Gott, woher wir's nehmen sollen, so lange sie nicht versorgt ist.“

Der Vater gebot der erregten Frau zu schweigen. Er wollte solche Reden nicht hören, er treibe seine Tochter nicht aus dem Hause. „Aber aufbringen sollst Du ihn auch nicht durch albernen Eigensinn,“ wendete er sich an Lene, „verschöhne ihn lieber so rasch als möglich — es wird Dir nicht schwer fallen,“ und leiser, mit einem zärtlichen Winkeln, das sein strenges Gesicht ungewöhnlich erhellte, „er ist ja verliebt in Dich bis über die Ohren — — und Du in ihn.“

Lene sagte kein Wort. Stumm beugte sie ihr Haupt, als fühle sie zum ersten Male das Joch, das sie nicht abzuütteln dirse, ohne Schaden für sich und die Ihrigen. Aber es würde ihr nicht schwer fallen, hatte der Vater gesagt, denn sie liebe ihn.

Es war, als hätte sie erst dieser väterlichen Bestätigung bedurft, um sich ihrer Liebe völlig bewußt zu werden. Sie war nun voll Ungebuld und Sehnsucht, ihn wiederzusehen, und als er nun am nächsten Tage zur festgesetzten Stunde nicht erschien, kam eine quälende Angst über sie, die die stummen Seufzer der Mutter und die aufgeregten Schritte des Vaters, der in seiner Stube unaufhörlich auf und nieder ging, bis zur Unerträglichkeit steigerten.

Als Erich nun endlich erschien, flog sie ihm mit einem Freundschaftsrei an den Hals und ließ sich von ihm küssen nach Herzenslust. Auch er hatte daran gedacht, sie zu verschönern und übergab ihr ein Etui mit herrlichen Brillanteboutons.

Mama Höder war hingerissen von dieser fürstlichen

Gabe und Lene lachte voll Glück und Entzücken und mehte es nicht, als er sie sofort in ihre kleinen Ohren besetzte. Sie begriff, daß nun auch das Uebrige dazu stimmen müsse, und als sie von Mama hergerichtet, nach dem letzten Journal gekleidet, vor ihm stand, in dem lichten, ihre Formen fest umhüllenden Kleide, erschien sie holdselig in ihrem Eröthen und der eiteln Freude, sich so schön zu sehen und von ihrem Liebsten bewundert.

Die Tage vergingen in jener stillen Längeweise, die spießbürgerliche Brautschaften stets umgiebt.

Erich lachte über sich selbst. Wie ein Anfänger in der Liebe kam er sich vor, genügsam, ungeschickt und geduldig. Aber das mußte eben getragen und überwunden werden.

„Froh werde ich sein, wenn ich diese Brautschaft überstanden habe,“ gestand er sich, „das ist ein schrecklicher Zustand.“

Aber wenn er die Tage und schließlich die Stunden zählte, die ihn vom Beginn seiner Herrschaft noch trennten, suchte das junge Wesen, das sich selbst noch nicht kannte, diesen Zeitpunkt, der es in eine neue Umgebung, in durchaus veränderte Verhältnisse bringen würde, in seinen Vorstellungen möglichst hinauszuschieben.

Sie bekam Herzklopfen, so oft sie nur daran dachte, daß sie mit diesem fremden Manne das Elternhaus verlassen würde, um nie wieder dahin zurückzukehren, und darum dachte sie so wenig wie möglich daran.

Für einen jugendlichen Menschen sind Wochen eine lange Zeit, und das Bängliche, das sich schon binnen wenigen Tagen vollziehen soll, kann er noch als etwas weit Ab liegendes betrachten, mit dem er sich nicht zu beschäftigen braucht.

So machte es Lene; sie versuchte alles in die Ferne zu rücken und befand sich trotzdem in immerwährender Unruhe

einem mehr oder weniger sorgfältigen Studium, auf gewissen historischen oder finanzpolitischen Arbeiten beruhen oder nicht, das entzieht sich im Einzelnen meiner Kenntnis und meiner Mittheilung. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß auch dieses stattfindet. Ich finde darin, wenn es in den Grenzen einer ehrlichen und ordentlichen Leistung und Gegenleistung stattfindet, auch nichts Bedenkliches.

Herr Russell, Leiter einer der ersten deutschen Emissions- und Spekulationsbanken, ist ein Eingeweihter, der mit erfreulicher Unbefangenheit das Wesen des heutigen Zeitungs-gewerbes enthüllt und dessen kapitalistische Charakter gründlich bloßlegt. In der That, die bürgerliche Presse ist nahezu durchgängig spekulative Unternehmung zum Zweck der Plusmacherei. Der Profit, nicht das Prinzip giebt den Ausschlag. So erklärt sich das stete, innige Schacher-geschäft zwischen Börse und Presse. Die Prekapi-talisten fordern und erhalten ihren Antheil an der Beute, die die Banklöwne und Jöbber auf ihren Kriegszügen gegen Groß und Klein einheimfen. Wird der Beute-antheil verweigert, dann knact der Revolver. Die Blätter, die Russell in seiner Aussage kennzeichnet, werden zum weitaus größten Theil vor stülicher Entrüstung über die plumpen kleinen Preß-Expreser im Stile des „Freimüthigen“ oder des „Apollo“ überschäumen. Thatsächlich sind sie alle selbst Revolverblätter schlimmster Art unter dem schäblichen Deckmantel bürgerlicher Respektabilität.

Ein Kabinetsstück aber ist die Schilderung der Artistenschreiber, mögen sie nun Redakteure oder andere „Persönlichkeiten“ sein. Die kindlich-frommen Seelen, die bisher gemeint haben, der Redakteur schreibe als Redakteur, der Mitarbeiter als solcher seine Artikel, erfahren nun, daß diese Ehrenmänner für ihre Artikel nicht bloß durch Gehalt oder Honorar vom Verleger, sondern auch von dem interessirten Emissionshause entschädigt werden. Und Herr Russell findet darin „nichts Bedenkliches“, so lange nur eine Hand „ehrlieh“ und „ordentlich“ die andere wäscht. So wahr die Presse das „öffentliche Interesse“.

Herr Russell stellte dann (S. 579) des Weiteren fest, daß „die Redakteure dieses oder jenes Blattes zu einem oder dem anderen Bankinstitut oder Bankier gewisse Beziehungen in der Weise haben, daß dieselben ihre Zeitungs-redakteure oder ihre Reporter zu dem Bankier schicken, um sich Mittheilungen machen zu lassen“. Er selbst, versichert Herr Russell, werde sehr häufig in Anspruch genommen, bald von diesem, bald von jenem, empfangen aber „nur den Redakteur eines anständigen Blattes“. Natürlich! Russell kennt seine Pappenheimer, wenn er die Anfrage des Vorstehenden, ob man nicht der Korporation, die den Prospekt genehmige, die Auswahl der zur Insertion zu benutzenden Blätter überlasse, energisch verneint.

Der Sachverständige Kammergerichts-rath Keyser (S. 581) führt aus, daß unbedingt ein Zusammenhang zwischen Emissionshäusern und Presse bestehe. Er erklärt:

Je besser die Sache, desto minder die Freundschaftsbewerbung, aber im merhin wird eine Freundschaftsbewerbung stattfinden. Wie nun die Mittel gerade sind, um diese Freundschaft zu erhalten, das kommt auf das Emissionshaus an, und das Emissionshaus kann ein sehr großes sein, sogar so groß, daß es den Ansehen eines staatlichen Gebäudes hat (Diskontogesellschaft z. B. i. Ned.), und selbst in diesem Falle wird eine Freundschaftsbewerbung nicht ganz ausgeschlossen sein. Die Mittel gehen da hinunter bis auf das Klitzende Geld, und ich möchte sagen, wenn nun die Emissionen minder gut sind, (Portugiesen, Griechen, Mexitaner, Argentinier, Northern Pacific u. s. w. i. Ned.), dann werden diese Mittel durchaus in Klängen dem Gelde bestehen, denn andere Mittel stehen nicht zu Gebote. Je schlechter nun die Blätter sind, desto unreiner werden auch die Mittel, die Anschlag finden.

Justizrath Winterfeldt, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, ist der Ansicht — er ist ja Leiter eines großen Emissionshauses — daß „ein großes Emissionshaus, das hinsichtlich der Oeffentlichkeit auch ein großes Interesse hat, auch zu einzelnen

und Spannung, die ihre Nerven angriff und ihr Aussehen zu verändern begann.

Sie wurde blaß, magerte ab und ihr zartes Gesichtchen hatte oft einen Ausdruck völliger Erschöpfung.

Der Bräutigam konnte sein Mißvergnügen darüber nicht verhehlen, aber Röder tröstete ihn, daß das bei Bräuten gewöhnlich sei.

„Ei, weil man auch ihre Liebessehnsucht auf die Folter spannt“, versicherte Erich und er lächelte abermals dem Termin ihrer Vermählung um einige Tage.

Am Abend vor derselben suchte Röder den Bräutigam in seiner Junggesellenwohnung auf.

Sie wollen also wirklich gleich nach der Trauung mit Lene nach dem Bahnhof fahren?“ fragte der Vater.

„Ich werde sie doch nicht hierher in meine Garçon-nenwohnung bringen. Das soll überhaupt eine terra inoognita für sie bleiben“, setzte er lächelnd hinzu. „Das wird Alles aufgelassen — abgeschlossen für immer.“

„Das hoffe ich“, bemerkte Röder, während er mit einem Stirnrunzeln die vielen weiblichen Aquarelle und Photographien betrachtete, die die Wände bedeckten, am Schreibtisch aufgestellt waren und Schalen und Albums füllten.

„Sie hatten wohl viele Damenbekanntschaften?“ fragte er zögernd.

Erich lachte. „Aber Sie sind sehr naiv, lieber Röder, wenn man in der Welt lebt, kommt das Einem so zugesessen, man weiß nicht wie, und Photographien kann Jeder haben.“

„Ja, wir Kleinbürger sind noch recht naiv“, versetzte Röder nicht ohne Bitterkeit, dann mit einem verlegenen Bächeln ihm näher tretend: „Meinen Sie nicht, Hartmann, daß es gut wäre, Lene über ihre neuen Pflichten ein wenig aufzuklären, sie ist ganz unwissend — ganz ahnungslos, ich versichere Sie und ich möchte —“

Hartmann wandte sich rasch nach ihm um.

„Sie möchten — was fällt Ihnen ein, das paßt mir gar nicht.“

„Das Kind thut mir leid; sie hat mich in den letzten Tagen oft so fragend angeblickt, stehend fast, als erwarte sie von dem Vater, daß er ihr etwas sagen werde —“

„Nein, nein“, entgegnete Hartmann rasch, fast heftig, „wer wird auch einem Mädchen die Liebe theoretisch erklären, das muß praktisch erläutert werden.“

Er klopfte dem Vater lachend auf die Schulter.

„Unbesorgt, lieber Röder, überlassen Sie das nur mir. Ihre Erziehung werde ich vollenden — und sie braucht gar nichts zu wissen, als daß sie mir gehört und daß ich sie liebe.“

(Fortsetzung folgt.)

Blättern, und namentlich zu einzelnen anständigen und angesehenen Blättern in einer gewissen Beziehung steht.“ In der That, es liegt in der Natur der Sache, daß solche „anständigen“ und „angesehenen Organe“ ihre Börsenpolitik nicht entgegen dem Interesse des befreunden Emissionshauses einrichten. Zeitungs- und Gründungs-geschwister gehen einträchtig Hand in Hand — beim Scheitern der Sache.

Zum Schluß sei aus der Vernehmung eines Dr. Müller, der den Handelstheil der Kreuz-Ztg. redigirt, Einiges mitgetheilt. (S. 1864 ff.). Müller erzählt:

„Ich bin vor etwa drei Jahren an die Börse gekommen als Vertreter des Reichsboten; sehr bald bekam ich ein eingeschriebenes Kourer-geschäft mit einigen hundert Mark und der Visitenkarte eines Bankiers. Darauf hand: Anbei Ihre Beihilgung an der und der Emission. (Weiterleit.) Ich schickte Geld und Visitenkarte sofort zurück. Ich erlaubte mich unter Kollegen, wessen Fürsorge ich es zu verdanken hätte, daß der Bankier meine Adresse erfahren habe. Da sagte mir Einer: Das konnte der dumme Mensch auch wissen, daß Sie das Geld so nicht annehmen würden. Es konnte ja jemand dabei sein, während Sie das Kourer öffneten. So muß es nicht gemacht werden. (Weiterleit.) Ich will ihm sagen, daß er Ihnen ein Konto eröffnen und Ihnen mittheilen soll, daß er Ihnen so und so viel Aktien zugesandt hat.“ Ich sagte: Bitte, lassen Sie das, der Fall ist erledigt.“ Diese Auskunft klarte mich darüber auf, unter welchen Verschönerungsregeln die sogenannten Preß-beihilgungen an den Mann gebracht werden. . . . Später kam kaum eine größere Emission vor, ohne daß nicht der eine oder der andere von meinen Kollegen zu mir gekommen wäre und mir gesagt hätte: Haben Sie schon die Beihilgung an der und der Emission? — In diesen Tagen giebt die und die Bank ihre Halbjahrsgratifikationen an die Presse aus. — Sie stehen doch auch auf der Liste? — Nein, ich vermeide es sogar so viel wie möglich, den Herren bekannt zu werden. — Es ist gar nichts dabei, thun es ja fast alle, und es handelt sich jährlich um viele Tausende von Mark; kommen Sie her, ich stelle Sie vor.“ Ich habe, um mich zu unterrichten, das Anerbieten, mich den betr. Vordirektoren vorstellen zu lassen, einige Male angenommen, aus Höflichkeit und Augenwinkeln entnahm ich, daß man mir Nicht machen wollte, es entspann sich ein kleines Gespräch, das ich im richtigen Augenblicke abbrach, um die Herren darüber nicht in Zweifel zu lassen, daß ich die Bekanntschaft nicht zu fruchtbarren gedächte. . . . Später wurde mir einmal gesagt: Wenn Sie Ihre Visitenkarte nicht abgeben oder Ihre Adresse nicht nennen wollen, so lassen Sie doch privatim verlauten, bei welcher Bank Sie ein Depositenkonto haben. Dann wird Ihnen regelmäßig Ihre Beihilgung dorthin anonym überandt, oder geben Sie eine Dedadresse an. Es giebt der Mittel genug, um die Sache so heimlich zu machen, daß keine Gefahr mehr damit verbunden ist. . . .

Ich bin allmählig in das ganze System der Beihilgungen eingeweiht worden und finde hierin eines der wirksamsten Mittel der Großfinanz, ihre einzelnen Operationen mit Erfolg durchzuführen und sich im allgemeinen ein glänzendes Renommee zu verschaffen. Ein Redakteur, der regelmäßige Gratifikationen von jährlich mehreren tausend Mark von jeder großen Bank oder doch den meisten bezieht, kann von diesen Instituten und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben, und da weitaus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesenen Zeitungen unter diesem Namen steht, so sind die Banken, die das Börsengeschäft beherrschen, jeder wirksamen Kritik entzogen.“

Herr Dr. Müller führt dann noch aus, er habe vor vierzehn Tagen — die Vernehmung fand am 2. Juli 1892 statt — die Sache „an die große Glocke gehängt, ohne daß irgend ein Echo darüber in anderen Zeitungen entstanden wäre“. Das mag stimmen für die Bourgeois- und die Kreuz-Zeitung, deren Handels-redakteur Dr. Müller ist, dieselben Inserate und dem Sinne nach die gleichen Wäsche- und zu gunsten gewisser fauler Emissionen gebracht hat, wie Berliner Börsenblätter vom reinsten Wasser. Auf das „Echo“ der Kreuz-Zeitung auf diesen unsern Auf in den junkerlich-antisemitischen Blätterwald warten wir heute noch. . . .

Der Börsenredakteur der Frankfurter Zeitung, ein Herr Cohnstädt, brach gegenüber Dr. Müller eine Lanze für die „anständigen Berliner Blätter“. Auch ihm sei der Berliner genährt, aber er habe ihn (S. 1866/67) mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Als früherer Bankbeamter wisse er, daß „es wohl vorgekommen ist, daß manche Emissionshäuser gewisse Blätter in dieser (von Müller geschilderten Red.) Weise beeinflusst haben, aber das waren immer nur untergeordnete Organe“. Herr Cohnstädt scheint nichts von den fröhlichen, seligen Zeiten der Schwindselperiode zu wissen, die uns anfangs der siebziger Jahre blühte, nichts von der „Betheiligung“ der Handelsblatt-Redakteure großer Blätter, er kennt offenbar den Namen Bernhard Doctor nicht, und weiß auch nichts von gewissen „Konfortialbetheiligungen“ gewisser großer Zeitungsverleger.

Herr Dr. Müller sagt: „Wenn ich bedenke, wie so mancher von meinen Kollegen mit 75 Mark monatlich angestellt ist und dafür den ganzen Tag zu arbeiten und keinen Nebenverdienst hat, so kann ich mir erklären, wie er der Versuchung nicht hat widerstehen können.“ Er weist die Schuld an der Korruption der Presse der Großfinanz zu. Die Zinkenklus der Börse sind eben notwendige Begleiterscheinungen der Ausbeuter-Gesellschaft, die Kunst und Wissenschaft, Litteratur und Politik, Presse und öffentliches Leben ihrer Profitmuth dienstbar macht.

Der Kapitalismus herrscht auch im Zeitungswesen, dessen Fäulniß nur ein Symptom der Fäulnis ist der Bourgeoisie. Wo die Verdienniß alles ergriffen hat, was dem Mammon diene, warum sollten die feilen Goldschreiber der herrschenden Klasse in dem Reigen fehlen, der sich um das goldene Kalb dreht?

Wie der Herr, so der Diener. Wie sagt doch Herr Russell? „Das Preßgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse.“ Wo der süße Handel mit Produkten und Effekten gedeiht, da blüht auch der Schacher mit politischer Besinnung, mit öffentlicher Meinung. „Nig zu hundeln“, das ist die Lösung.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 8. Januar.

Der Reichstag wird morgen um 2 Uhr zusammen-treten. Die Steuervorlagen werden dem jetzt beginnenden Sessionsabschnitte das Gepräge geben. Ein Szenenwechsel wird stattfinden. Während bis jetzt unsere Partei einigen

Regierungsvorlagen zustimmen mußte, weil sie eine kleine Erleichterung der schweren Volkslasten zur Folge haben werden, wird jetzt die sozialdemokratische Partei den großen Steuervorlagen der Reichsregierung die schroffste Opposition machen müssen; einerseits weil sie gegen jede Stärkung des Militarismus protestirt und weil auch die vorgeschlagenen Steuern die breiten Massen des Volkes zu Gunsten der Reichsfinanzen schwer belastet. Bei der schwankenden Haltung der Centrumspartei, bei den Schacher-geschäften, die mit Römlingen und Polen vielleicht schon recht weit gediehen sind, bei der Abhängigkeit der meisten Konservativen von der Regierung, die erst unlängst durch Erneuerung des Erlasses vom Jahre 1882 deutlich den „rebellischen“ Junkern in's Gedächtniß gerufen wurde, läßt sich das Böseste, die Annahme der Steuervorlagen, befürchten. Aber entschieden ist noch nichts. Ein großes Fragezeichen ist vorerst das Symbol der deutschen Politik der nächsten Monate. Wie ist das Schicksal der Steuervorlagen? Antwort ungewiß. Welche Aussichten hat der deutsch-russische Handelsvertrag? Antwort ungewiß. Was wird aus dem Reichstage, wenn er die Steuervorlagen ablehnt? Antwort ungewiß. Was wird aus ihm, wenn er den deutsch-russischen Handelsvertrag ablehnt? Antwort ungewiß. Was macht dann Caprivi, was Miquel, was Golenburg? Und Duzende ähnliche Fragen lassen sich aus Anlaß des Zusammentritts des Reichstages aufwerfen, auf die die gleiche Antwort gegeben werden muß.

Eines bloß ist sicher: die sozialdemokratische Fraktion wird mit angespannter Kraft die Interessen des arbeitenden Volkes wahren und kein Fußbreit von der ihr vorgesteckten Bahn abshwenken. —

Eine Kanzlerkrisis hat sich, wie die „Wost. Ztg.“ erzählt, kurz nach Neujahr abgespielt. Dieselbe soll aber keinen Zusammenhang mit den inneren Streitigkeiten, vor allem auch nicht mit den schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland gehabt haben, sondern mit den Kolonialverhältnissen zusammenhängen. Caprivi hatte dem Kaiser sein Entlassungsgesuch eingereicht, daß von diesem aber abgelehnt worden ist.

Hierzu bemerkt die „Freisinnige Zeitung“: Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, würde der Grund zu dem Entlassungsgesuch also in den kolonialen Mißerfolgen der letzten Zeit zu suchen sein, der Meuterei in Kamerun und den ungewissen Verhältnissen in Südwestafrika, welche allseitig Anlaß zu einer scharfen Kritik an der deutschen Kolonialpolitik sowohl vom Standpunkt der Gegner dieser Kolonialpolitik wie auch vom Standpunkt der Anhänger derselben gegeben hatten. —

„Schreien“ hilft in Deutschland, aber Besizende müssen es sein, die da schreien. Am 21. Dezember richtete der Ausschuß des ostpreussischen konservativen Vereins an den Reichskanzler ein Schreiben, in welchem er indirekt um die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreideexport ersuchte. Schon am 6. Januar 1894 erhielten die Grafen, Barone und Freiherren, welche diesen Ausschuß bilden, die Antwort, in welcher der Reichskanzler für den Fall eines Zustandekommens eines Handelsvertrages mit Rußland die Aufhebung des Identitätsnachweises für die östlichen Provinzen Preußens in Aussicht stellte. Kurz und auf gut Deutsch ausgedrückt heißt das: die ostelbischen Großgrundbesitzer erhalten abermals eine Zuzahlung aus Staatsmitteln. Seit Einführung der Getreidezölle mußte jeder Händler, welcher Getreide importirte, den Zoll erlegen, gleichgiltig, ob das Getreide in Deutschland zum Verbrauch kam oder nicht. Konnte er aber nachweisen, daß er dasselbe Getreide, welches er nach Deutschland eingeführt, auch wieder ausgeführt, es also durch Deutschland bloß durchgeführt hatte, so erhielt er beim Export den bereits gezahlten Zoll wieder rückvergütet. Künftig soll nun diese Befreiung wegfallen. Jeder, der aus den östlichen Provinzen Preußens Getreide nach dem Auslande ausführt, erhält den gültigen Zollfah anbezahlt, gleichgiltig, ob er früher nach Deutschland Getreide eingeführt hat oder nicht. Es ist richtig, daß der Staat durch die Aufhebung des Identitätsnachweises an Zöllen nichts verlieren wird. Deutschland muß jährlich so und so viel Getreide einführen, weil seine eigene Produktion den Bedarf nicht befriedigen kann. Wird nun aus Deutschland selbst Getreide exportirt, so muß sich die Einfuhr um ebenso viel steigern, die Zollkinnäge bleiben dieselben. Der Getreidepreis aber wird steigen. Wenn die ostelbischen Großgrundbesitzer heute ihr Getreide verkaufen, so werden ihnen die, trotz der Staffeltarife, immerhin bedeutenden Eisenbahn-Frachtzölle in Rechnung gestellt. Der künftige Export wird hauptsächlich auf dem Seewege vor sich gehen, die Frachtzölle sind hier bedeutend niedriger. Der Unterschied zwischen Bahn- und Seefracht fällt also den Verkäufern und Händlern in die Tasche. Der Umstand, daß auch die großen Getreidehäuser in Königsberg, Danzig und Stettin dabei ihren Schnitt machen werden, ist die Ursache, weshalb die liberale und freisinnige Presse der bevorstehenden Maßregel sofort einstimmig ihren Beifall spendet hat. — Fällt der Identitätsnachweis weg, so wird auch der Getreidepreis im allgemeinen steigen. Je mehr Getreide aus Deutschland ausgeführt wird, desto größer muß die Nachfrage nach fremdem Getreide werden und damit die Steigerung des Preises. Wie man sieht, wird auch hier wieder, wie fast in allen anderen Fällen, das arbeitende Volk für die Kosten der preislichen Regierungsthat aufkommen müssen. Das ist aber noch nicht Alles. Auch der ostelbische Landarbeiter wird speziell in Mitleidenschaft gezogen werden. Je leichter und theurer der Großgrundbesitzer sein Getreide anbringen kann, desto mehr wird er verkaufen, oft mehr, als er wirklich abzugeben hat, das heißt auch einen großen Theil des Deputats, den er seinen Tagelöhnern, Insulten und Einliegern zu geben verpflichtet ist. Natürlich muß er dann wieder fremdes Getreide zukaufen. Daß er dabei versagen wird, abermals ein Profitstücken zu machen, daß er also für seine Leute nur die schlechtesten und billigsten Sorten ankaufen wird, davon ist jeder überzeugt, der die Wirtschaft dieser großen Herren, Staats-stützen und Gentlemen einmal aus der Nähe angesehen. Wird ja heute schon auf vielen Gütern alle Butter verkauft und das Gefinde mit ranziger Margarine abgepeist, und selbst in einem Butterlande wie Altbayern erhält der Diensthote jahraus, jahrein fast nichts anderes mehr als billiges, mit Baumwollsamem-Del verfälschtes amerikanisches Schweineschmalz.

Durch die Begünstigung des deutschen Getreide-Exportes wird Deutschland in seiner Brotverforgung immer abhängiger vom Auslande werden. Doch wollen wir uns darüber nicht den Kopf zerbrechen; das ist Sache des Militarismus, freilich, es hat schier den Anschein, als

müßten, sobald die Interessen des vaterländischen Großgrundbesitzes in Frage kommen, auch des Moloche's Plänen schweigen. —

Bei dem Feldzug der Zentrumsparthei gegen den Buchhandel wird es sogar den ergebensten ultramontanen Zeitungen unbehaglich zu Muthe, die „Königliche Volkszeitung“, die von jeher durch eine freiere politische Auffassung vor dem verkümmerten Berliner Organ der Zentrumsparthei, der „Germania“, sich auszeichnete, sucht in einer längeren Betrachtung den Gröber'schen Antrag abzuschwächen. Man kann sagen, daß sie ihn völlig preisgibt, da sie in zwei der wesentlichsten Punkte seine Gefährlichkeit für das Geistesleben anerkennt. Das Blatt giebt zu, daß die Beschränkung des Kolportagevertriebs auf solche Lieferungswerke, bei denen die Lieferungszeit im Voraus genau angegeben wird, auch wissenschaftliche und was für das ultramontane Blatt besonders bedrückend ist, religionswissenschaftliche Werke treffen kann. Ein Rest demokratischen Gefühls, den das Blatt aus der Zeit des Kulturkampfes sich bewahrt hat, läßt ihm auch die Uebertragung diskretionärer Befugnisse an die Verwaltungsbehörden, die Zulassung von Kolporturen betreffend, höchst bedenklich erscheinen. Das Blatt stimmt ganz mit unserem eigenen Urtheil überein, wenn es schreibt: „Bei dieser Bestimmung könnte es vorkommen, und es würde zweifellos vorkommen, daß die Behörde, etwa ein Landrath, die Ausstellung eines Wander-Gewerbetreibenden einfach deshalb verweigert, weil ihr die zu vertreibenden Bücher nicht gefallen, etwa ihrer politischen oder religiösen Haltung wegen, oder aus einem andern persönlichen Grunde.“ Wenn das Blatt schließlich die Hoffnung ausspricht, die Erörterung des Antrages möge in ein ruhigeres Fahrwasser eulen und zu einer Verständigung führen, so will es durch diese Wendung doch wohl nur den Urhebern des Antrages den Schmerz befähigen, daß sie ein todtgeborenes Kind in die Welt gesetzt haben.

Einen recht werthvollen Beitrag zum Verständniß der Frage hat der Leipziger Buchhändler, Freiherr v. Biedermaun in seiner Schrift: „**Pressefreiheit und Gewerbe-Ordnung**“ geliefert. Wir tragen daraus, in Ergänzung unserer Mittheilung, daß nur noch etwa 8 pCt. des gesammten Kolportage-Vertriebs auf die Kolportage-Romane entfallen, die Thatsache nach, daß zu der Zeit, als die Kolportage sich auszubreiten begann, die Schundliteratur nicht weniger als 90 pCt. ihres Umlages ausmachte. Es ist das der deutlichste Beweis dafür, daß der Buchhandel, je freier er sich bewegen kann, um so kräftiger für die Gesundung des Geisteslebens der Nation wirkt. Wenn aus eigener Kraft die bessere Literatur die schlechtere auf ein solches Mindermaß zurückdrängen kann, dann verschwindet jeder Schein für die Berechtigung der Behörden, sich in diesen Entwicklungsprozess einzumischen. Weiter erwähnt Herr v. Biedermaun, daß der Minister v. Puttkamer die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 1. Juli 1883 erst am 29. Dezember 1883 erlassen habe, und zwar wohl absichtlich so spät, damit die Gewerbetreibenden nicht in der Lage waren, vor Eintritt der Gesetzeskraft rechtzeitig Maßregeln zu ergreifen. Diese Verfügung sprach obendrein nicht vom Feilbieten im Umherziehen, sondern vom Kolportieren und gab damit von vornherein dem Gesetz eine Auslegung, wie sie sein Wortlaut garnicht gestattet“. Widerrechtlich also haben die Behörden allerhand Bestimmungen des Gesetzes, die nur auf den Hausverkauf gemünzt waren, thatsächlich auch auf den Kolportage-Buchhandel angewandt. Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie vorsichtig man bei Abfassung von Gesetzen verfahren sollte, um nicht den Behörden Spielraum zur willkürlichen Ausdehnung ihrer Machtbefugnisse zu lassen. Bei den Polizeibehörden hat sich ferner die Auffassung eingebürgert, daß die von ihnen wegen religiöser und sittlicher Bedenken zum Feilbieten und Umherziehen ausgeschlossenen Werke überhaupt als verboten angesehen werden müßten. Es sind solche Werke, die von Heisenden oder Boten der Buchhändler deren Kunden auf Bestellung überbracht wurden, durch Polizeibeamte schlankweg konfisziert worden. Und wenn auch durch ein langwieriges Prozeßverfahren derartige Eigenmächtigkeiten redressirt werden konnten, so haben sie doch im Buchhandel eine höchst schädliche Verunreinigung erzeugt. Wie sollte das nun erst werden, wenn die Gröber'sche Anregung den Polizeibehörden Vorklang giebt, die Zahl der Kolporturen nach Bedürfniß, d. h. nach ihrem eigenen persönlichen Gutbefinden und ihrer politischen Voreingenommenheit festzusetzen. Anstatt dieser Anregung Folge zu geben, sollte der Reichstag ein Uebrigens thun und den Buchhandel von den Fesseln befreien, die ihm in der Kera Bismarck-Puttkamer gang überflüssiger Weise angelegt wurden. —

Güterzertrümmerung. Eine Absicht, der preussischen Regierung einen Gesegenswurf vorzulegen, von der wir nach anderen Blättern berichtet, soll, wie gegen die Güterzertrümmerung fest offiziös geschrieben wird, nicht bestehen. Das Güterauschlachten bleibt also weiter ein einträgliches und unbehindertes Gewerbe. —

Zur Diätenfrage wird uns aus Darmstadt geschrieben: In der heftigen Ständekammer erhalten nur diejenigen Abgeordneten 9 M. Diäten täglich, welche mindestens 1/2 Stunde vom Orte der Tagung der Versammlung wohnen. Es haben deshalb die sozialdemokratischen Abgeordneten Exner und Müller beantragt, dem Artikel 54 des Gesetzes vom 17. Juni 1874, die landständische Geschäftsordnung betreffend, folgenden Wortlaut zu geben:

„Die Mitglieder der Ständeversammlung erhalten während der Tagung der Ständeversammlung täglich 10 M. und wird sämmtlichen Mitgliedern von der Eröffnung bis zur Vertagung resp. Auflösung (Artikel 57) freie Fahrt auf allen Bahnen des Großherzogthums gewährt. Die Berechtigung der freien Fahrt beginnt acht Tage vor der Einberufung und endet acht Tage nach der Vertagung resp. Auflösung der Kammer.“

Begründung: Die Abgeordneten sind Vertreter des Landes und sind verpflichtet als solche nur das allgemeine Wohl nach bester eigener Ueberzeugung zu beraten. Um dies zu ermöglichen bedarf es eingehender Studien, die vielfach mit materiellen Opfern verknüpft sind. Die Tagung der Ständeversammlung erfordert auch für die in Darmstadt ansässigen Abgeordneten mancherlei Ausgaben und Verluste und es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben, den hierwohnenden Abgeordneten diese Opfer aufzuerlegen. Der Einwand, daß, wenn für sämmtliche Abgeordnete Diäten bezahlt würden, eine zu starke Vertretung des städtischen Elements die Folge sein würde, ist nicht zutreffend, wo es aber doch

geschicht, müßte es als der Ausdruck des Volkswillens betrachtet werden. Auch Ersparnißrückichten können nicht geltend gemacht werden. Im Weiteren kommt in Betracht, daß den Mitgliedern der Kammer unterlagt ist, für ihre Abstimmung Instruktionen anzunehmen; durch die Gewährung freier Fahrt auf sämmtlichen Bahnen des Großherzogthums ist der Abgeordnete in der Lage, seine Abstimmung, durch rasche und billige Gelegenheit, nöthigenfalls durch Augenschein, nach eigener Ueberzeugung einzurichten. —

Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten.

Aus München wird telegraphirt: Das Haus nahm sodann nach längeren Debatten über zahlreiche Anträge der Bauernbündler, des Zentrums und der Sozialdemokraten, betreffend die Sozial- und Agrarreformen, zunächst die Anträge des Zentrums an, die Regierung möge im Bundesrathe auf entsprechende Erweiterung der landwirthschaftlichen Unfallversicherung und auf eine durchgreifende Verbesserung der Alters- und Invalidität-Versicherung hinwirken, sowie auf Nachdrücklichste den schädlichen Auswüchsen der Geld-, Frucht- und Waarenbörsen entgegenzutreten, ferner die Anträge auf Einführung obligatorischer Feuerversicherungen und des Verjährungsabweises, unter Einschränkung des Haushandels, der Wanderlager, des Detailhandels und der Filial-Verkaufsmagazine nebst Regelung der Abzahlungs-Geschäfte. Zahlreiche weitere agrarische Anträge wurden den Ausschüssen überwiesen und die sofortige Einrichtung eines bayerischen Grundbuchamtes wegen der künftigen reichsgesetzlichen Gesamtregelung dieser Frage abgelehnt.

Wir kommen auf diese Debatten und Beschlüsse noch zurück. —

Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse, und deren Mißbrauch zu politischen und persönlichen Zwecken werden bekanntlich von Tacitus in seinen unsterblichen „Annalen“ als ein hervorragendes Symptom der politischen und gesellschaftlichen Fäulniß hingestellt. Und sicherlich mit Recht. In Deutschland sind durch Bismarck und sein System die Majestätsbeleidigungs-Prozesse förmlich gezüchtet worden. Und die neue Auflage des alten Kurles hat diese Institution auch getreulich beibehalten. Borige Woche erregte ein Majestätsbeleidigungs-Prozess allgemeines Aufsehen — er galt einem Arbeiter, der vom eigenen Großvater benannt war. In diesem Fall erfolgte Freisprechung. Wir wollen aber nicht unterlassen zu bemerken, daß fast alle Majestätsbeleidigungs-Prozesse auf die schäufstige Denunziation zurückzuführen sind, und zwar auf Denunziation unter Bekannten und Familiengliedern. Die chauvinistische Erziehung zur Servilität trägt einen großen Theil der Schuld — sie ist ja auch ein Haupttheil des Systems. Das Denunzieren wird noch heute unserer Jugend als eine Art patriotische Pflicht hingestellt, während es in den Augen jedes ehrenhaften Menschen eine Schandthat ist. Diese Schandthat wird selbst in den höchsten Kreisen geübt, und es wird lange dauern, ehe dieser Krebsgeschaden entfernt sein wird. Ein großes Verdienst würden die Richter sich erwerben, wenn sie alle Denunzianten ohne Ausnahme, wenn sie nicht amtlich zum Denunzieren verpflichtet sind, ins Zuchthaus schickten, und alle Angeklagten freisprächen. Das können sie mit gutem Gewissen thun, wenn sie dem allgemeinen Urtheil gemäß, jeden Denunzianten für einen Schuft halten. Was ein Schuft sagt, ist unglauwürdig. Eine gesunde Rechtsprechung korrigirt schlechte Gesetze. —

Er will sich drücken. Der Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“ läßt durch sein Reptilienbureau folgende Notiz verbreiten:

Fürst Bismarck ist, wie wir aus bester Quelle erfahren, über die Publikation Dr. Hans Blum's „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's“ sehr wenig erfreut. Davon, daß die Mittheilungen Dr. Blum's in diesem Buche in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem Fürsten stehen, oder daß der letztere gar als der eigentliche Autor dieses Werkes zu betrachten sei, kann gar keine Rede sein. Im Gegentheil hat Fürst Bismarck bereits mehrfach Gelegenheit genommen, Einzelheiten des Buches mit aller Entschiedenheit zu desavouiren. Wie es mit der angeblichen „Durchsicht“ der Druckbogen solcher Werke im Allgemeinen steht, dafür ein kleines, wohlverbürgtes Beispiel. Der Verfasser des Werkes, Bismarck und seine Leute“, Buch, der dem Fürsten bekanntlich persönlich sehr nahe stand, fandte auch die Druckbogen dem Fürsten zu, mit der Bitte, die Stellen, die er nicht veröffentlicht haben wollte, blau angustreichen. Der Fürst durchsah sämmtliche Druckbogen von oben bis unten und fandte sie dem Verfasser zurück. Trotzdem erschien das Buch unter dem Nimbus der Inspiration durch den Fürsten! Was speziell die Armin-Frage anlangt, so hört man, daß der Fürst bei einer Fortsetzung der Polemik das große ihm zur Verfügung stehende Material über den Grafen Harry Armin veröffentlichte. Der Kampf zwischen dem Fürsten Bismarck und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Paris wird sich voraussichtlich bei dieser Gelegenheit mit als eine Episode in dem jahrelangen erbitterten Kriege herausstellen, den gewisse Hofkreise gegen den damaligen Reichskanzler geführt haben. Daß der Fürst dem jungen Armin eine direkte Antwort nicht erteilt wird, dürfte wohl in dem Ton des Schreibens an den Fürsten eine ausreichende Begründung haben.

Notürlich von A bis B eine Lüge. Daß Hans Blum so wenig wie das „Buchchen“ ihren Klatsch vom „Chef“ diktiert bekommen, versteht sich von selbst; ebenso gewiß ist aber, daß jede Zeile, die sie schrieben, mit Billigung, wo nicht im Auftrag des „Chefs“ geschrieben und daß keine Zeile von ihnen veröffentlicht wurde, die nicht dessen Billigung erhalten hätte.

Die Eigenschaft des Exklamers, sich wo irgend etwas schief geht, vorsichtig zu drücken und auf Andere die Schuld zu wälzen, ist bekannt. Die Affäre mit Armin ist ihm nun aus den von uns angegebenen Gründen doppelt fatal, weil er einen Gegner vor sich hat, dem er persönlich haßbar ist.

Was die in Aussicht gestellte Veröffentlichung von „Material“ gegen den alten Armin betrifft, so ist das Schwundel. Das „Material“ ist aus dem Prozeß bekannt, und es läßt keinen Zweifel zu, daß der von niederster Eifersucht diktierte Prozeß Armin eine der größten Niederträchtigkeiten ist, die der „Chef“ in seinem an derartigen „Episoden“ so reichen Leben verübt hat.

Wir sprechen oben von einem Bismarck'schen Reptilienbureau. Wie wir schon früher mittheilten, besteht ein solches. Die Gelder liefert das agrarisch-schulzöllnerisch-schienenfiskalische Konsortium, das die Bismarck'sche Millionär-Züchtungsbarra wieder herzustellen bemüht ist und die „Fronde“ gegen Caprivi leitet. Dieses Konsortium, dem die „Hamburger Nachrichten“, die „Münchener Allgemeine Zeitung“, die „Harden'sche Zukunft“ u. s. w. angehören, und das in zahlreiche andere Blätter seine Reptilienexer leitet, hat dem „Chef“ für seine

„Memoiren“ thatsächlich vor kurzem eine halbe Million bezahlt. Umsonst hat er nie etwas gethan; und da die Seeschlangen-Memoiren erst nach seinem Tod veröffentlicht werden sollen, hat er sogar das Sprichwort zu Schanden gemacht: „Umsonst ist der Tod“. Auch das Sterben läßt er sich zahlen. —

Die Heiligkeit der Ehe ist das werthvollste Inventarstück der von den immer höher steigenden Wogen des Sozialismus bedrohten kapitalistischen Wirtschafts-Ordnung. Mit allen Forderungen des Sozialismus könnten sich angeblich die augenverdreherischen Verfechter des Kapitalismus befreunden, wenn wir nicht angeblich — die freie Liebe aufstrebten. Sehen wir nun einmal zu, wie es in dieser so stillosen, so ehegetreuen Gesellschaft aussieht! Ein Bericht eines der nach dem Besuche der Bourgeoisie best gemachten Blätter Berlins liefert uns ein solches Bild bei Schilderung eines Balles im Theater Unter den Linden, wo nur die „beste“ Gesellschaft verkehrt, die für eine Tasse Kaffee 1 Mark, für eine Flasche Wein 15 Mark, für etwas Rufft 7 Mark bezahlen kann. Ein Abjaß aus diesem Berichte lautet:

In gewissen Kreisen von Berlin West ist es Sitte geworden, daß der Bräutigam, um den schneidigen Schwere-nöther zu markiren, seiner Braut als besonderen Reiz der Ehe außer dem Besuch des Residenztheaters auch einen öffentlichen Maskenball in Aussicht stellt. Scheinbar geht er nur zögernd auf seinen eigenen Vorschlag ein. Was soll die Gattin denken, wenn sie sieht, wie der Herr Gemahl von den schönsten Damen umringt, mit dem Vornamen angeredet und sein Verschwinden von dem Schaulustige vergangenen Ruhms allgemein herzlich bedauert wird? Nichtsdestoweniger ist der Erfolg der Spekulation sicher. Die Gattin hat ihre Freude als alleinige Inhaberin des amtl. eingetragene Eigenthümerin des ehemaligen Schmetterlings, und der Gemahl ver- geht vor Eitelkeit, auf die Frage der Freunde und Freundinnen nach Namen und Art der schneidigen Begleiterin mit einem selbstgefälligen Achselzucken antworten zu können. Solcher Ehepaare waren am vorigen Sonnabend gar viele versammelt, und gar manche sah ich unter ihnen, welche häufig dasselbe Manöver wiederholen, ohne daß die Gattin merkt, daß sich die Schaar der theilnehmenden Fragerinnen alljährlich beträchtlich vergrößert.

Wenn man diese reizende Schilderung liest und die zynische Freude des Berichterstatters sich vorstellt, so begreift man, daß diese Gesellschaft den Sozialismus verabscheut, denn derartige Vergnügungen wären in der Gesellschaft der „freien Liebe“ unmöglich. —

Vom Rechtsanwält Seider in Wies weiß die Presse mitzutheilen, daß er von der sozialdemokratischen zur antisemitischen Partei übergetreten ist. Seider war nie Sozialdemokrat. —

Das Urtheil über den Anarchismus, das wir in unserer letzten Nummer abdruckten, rührt vom Genossen Bebel her. Durch ein Versehen in der Druckerei fiel der Name aus. —

Der „Grütliener“, das Organ des schweizerischen Grütlivereins, erscheint seit Neujahr in beträchtlich vergrößertem Format und verbesserter Ausstattung, der auch der Inhalt des von unserem bewährten Genossen Wettler redigirten Blattes entspricht. Dasselbe hat jetzt 14000 Abonnenten. Ueberhaupt befindet die schweizerische Arbeiterpresse einen Aufschwung, welcher die Fortschritte der Sozialdemokratie in erfreulichster Weise zum Ausdruck bringt. Auch die Berner „Tagwacht“, deren Redaktion sich seit Neujahr in den Händen des auch von der deutschen Sozialdemokratie erprobten Genossen Mohr befindet, hat ihren Leserkreis so erweitert, daß der Plan gefaßt ist, sie in ein Tageblatt zu erweitern. —

Bei der gestrigen Senatorenwahl in Frankreich haben unsere Genossen keine Siege erobert, was bei der Art des Wählens für diese zopfige Körperschaft voraus-zusehen war. Die Zusammensetzung des Senats ist durch das Ergebnis der Wahl in keiner Weise verändert worden. —

Aus Paris schreibt uns unterm 5. d. M. ein Freund: Daß kein Advokat so unehrenhaft war, die Verttheidigung Bailants für heute (Freitag) und morgen zu übernehmen, ist für Herrn Casimir Perier eine arge Enttäuschung. Er hatte fest darauf gerechnet, der Kammer, die am Dienstag (den 9. d.) wieder zusammenkommt, einen gruseligen Anarchistenprozess zu präsentieren — das wäre so ein schöner Anfang nach den Ferien gewesen. Nun ist der hübsche Plan ins Wasser gefallen und die Kammer findet bei ihrer Maßkehr nichts anderes vor, als die paar Jentner Matulatur, welche die Polizei bei den Massenhausdurchsuchungen als einzige Trophäen nach Hause gebracht hat. Das Jahr 1894 läßt für Herrn Casimir Perier nicht so gut an, wie das Jahr 1893 geendet hat. Der Prozeß Bailant ist auf den 10. d. M. — nächsten Mittwoch — anberaumt. —

Genosse Volder wurde, wie uns eine Privatdepesche meldet, heute vom Brüsseler Gerichte freigesprochen. —

Waffen! In Nr. 306 des „Vorwärts“ schrieben wir eine Notiz mit den Schlagworten: „Arme holländische Proletarier: Wohin hat euch die phrasenreiche Taktik der Nieuwenhuis und Kompagnie geführt! Ohne Wehr und Waffen liefert sie euch der Polizistenhande in die Hände!“ Das Nieuwenhuis'sche Organ nennt diese Behauptung eine schmutzige Unwahrheit, denn gerade N. und Kompagnie haben den Arbeitslosen immer gesagt, nicht un-bewaffnet durch die Straßen zu ziehen. Das ist allerdings wahr; man hat den Leuten gerathen, ein anderes Mal die Geräthe mit-zunehmen, und die offiziellen Parteiorgane nehmen noch immer die Inzerate auf, in welchen den sozialistischen Mädchen anempfohlen wird, Revolver für ihre Geliebten zu kaufen, die in der Redaktion des „Recht voor Allen“ zu haben sind. — Aber solche Waffen haben wir nicht gemeint. Wir sprachen von den Amsterdamer Revollen als Gegenstück zum Groninger Kongress, wo auf die Anwendung der politischen Waffe verzichtet wurde. Und wer lesen kann und will, hat den Zusammenhang ganz gut verstanden. — Wir meinen, daß dem unumschlichen Auftreten der Amsterdamer Polizei nur Einhalt gethan werden kann, wenn in der zweiten Kammer von Parteigenossen ein kräftiger Protest erhoben wird, und die Regierung gezwungen wird, die betreffenden Beamten zur Verantwortung zu ziehen. — Die Vertretung im Parlament, das ist die Waffe, womit man solchen Diebeleien vorbeugen kann; wer dieser Waffe entgeht, liefert das Proletariat ohne Wehr und Waffe in die Hände der Polizistenhande. — Uebrigens theilen wir mit, daß nicht Genosse van Kol die betreffende Notiz geschrieben hat. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 9. Januar.
Opernhaus. Tristan und Isolde.
Schauspielhaus. Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglied.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Uriel Acasta.
Lessing-Theater. Der ungläubige Thomas. Ein Millionär a. D.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Sappho.
Central-Theater. Ein toller Einfalt. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz - Theater. Die lustigen Weiber von Berlin.
National-Theater. Der Teufel in Berlin.
Theater Unter den Linden. Die Kojalin. Hierauf: Brahma.
American-Theater. Die Gründung Roms in der Modernstraße, oder: Die Rache des Gänserichs.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Sensationelle Novität!
Der Teufel in Berlin.
 Burleske Posse in 4 Akten von Eugen Prudens. Musik v. Adolph Biedede.
 Regie: Max Samst.
 Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Zum 4. Male:
Ein toller Einfalt.
 Schwank in 4 Akten von Carl Laufs.
 Hierauf zum Berlin 1893.
 18. Male:
 Revue in 2 Akten von L. Seippiger.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/4 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Täglich:
Große Vorstellung.
 Neu! **Wieder-Auftreten** Neu!
des urkomischen Bendix.
 Neu!! Auftreten des Neu!!
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.

Die Gründung Roms

oder: **Die Rache des Gänserichs.**
Auftr. sämtl. Spezialitäten.
 In Vorbereitung: Die Odbachlösen, oder: Lumpen-Susanne. Parod.-real. Trauerspiel von Oscar Wagner.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
 Neu! **Taxameter 208** Neu!
 oder:
Der Weißladirte.
 Lokalstück von Max Lassen.
Gottlieb im Harem, Spreewixen u. sämtl. Spezialitäten.
 Wochentags Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Böhmisches Brauhaus,

Sandberger Allee.
Jeden Dienstag: Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakat).
 Neu! **Berlin's Lieblinge.**
 Große Instrumentalfestz. Donnerstag: Sanssouci.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Spezial-Ausichn. von Pilsener Lagerbier, hell und dunkel.
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Feilichkeiten etc.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
 Neu! Neu! Neu!
Ein Stiergefecht in Cadix.
 Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Bolso und sämtlichem Theater-Personal.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Der **Deutsche Mann mit dem Steinlopf.**
 Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Etablissement Berl.
Neues Programm.
 Täglich von 12 1/2 Uhr ab bei freiem Entree Matinee u. Abends von 6 1/2 Uhr ab:

National-Konzert D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten i. Ranges.**
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
 für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regalbahnen, 6 Bill., pr. Stb. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree.
 Carl Koch.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Dienstag, den 9. Januar ev., Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Damen-Hurdle-race, ger. v. 14 Damen mit engl. Halb- und Vollblutpferden. Auftreten des beliebten Klowns **Little Fred.** Karoussel mit 25 Pferden. Original-Dressur des Herrn **Max Schumann.** Luft-Potpourri der Geschw. **Lucussen.** „Albert“ in der hohen Schule ger. von **Frl. Adole Schumann.** Komisches Entree des Originalklowns **W. Olschansky.** Schulpferd **Aldion,** ger. v. Herrn **Ad. Schumann.** Auft. der rühmlichst bekannten musikalischen Klowns **Paul und William.** Apportierpferd **Said,** vorgeführt von Herrn **Max Schumann.**
 Zum Schluss der Vorstellung:
Cancan vor Gericht.
 Ballet-Burleske in 2 Tableaux.
 1. Tabl.: Ein Maskenball im Bal mabile.
 2. Tabl.: Vor Gericht.
 Serpentinanz von 4 Damen.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Hochachtungsvoll und ergebenst **G. Schumann, Direktor.**

Dankfagung.

Allen Genossen und Freunden meines lieben Mannes, insbesondere seinen Kollegen von der Firma S. Marcus, sowie dem Chef derselben, ferner dem Gesangsverein für die bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung meinen tiefgefühltesten Dank.
 1162b
Anna Teska geb. Edert.

Dankfagung.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten, welche meiner lieben Frau und guten Tante die letzte Ehre erwiesen haben, sagen ihren tiefgefühltesten Dank
 54842
Friedrich Kuhlmeb und Nichte Bertha Pichow.

Wachruf!

Allen denen, die meinen vielgeliebten Bruder und unsern Schwager, den Selbigeher **Wilhelm Scheel** zu seiner letzten Ruhestätte geleiteten und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere den beiden Gesangsvereinen, sagen ihren tiefgefühltesten Dank, sein tiefbetrübtster Bruder **Emil Scheel und Familie.**
 Güstrow in Mecklenburg.

Präuscher's Museum.

Zausende von anatomischen Präparaten. **Schnkhanal durch fünf Körper.**
Gladiatoren-Kampf.
 Wunder d. Cereoplastik u. Mechanik.
 Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag: Damentag.

W. Noack's

Concert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstrasse No. 16.
 Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, den 9. Januar ev., Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Vollständig neue und glänzende Ausstattung. Neue Einlagen; u. A. Signorina Varotti, die kleinste Solotänzerin der Welt. Kinderorchester. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte.
 Außerdem: **Blondel** und **Monstre-Tableau** von 60 Pferden, vorgeführt v. Dir. **Fr. Renz.** **Prinz,** ger. von Herrn **Fr. Renz.** **Cromwell** und der Steiger **Alop** ger. v. **Fraulein Oceana Renz.** Die Akrobaten auf dem Telephonbrakt, **Zalva, Espana** und **Alvar.** **Gehr. Prodan.** Die Redaktionsfrauen **Geschw. Hoffmann** etc.
 Preise wie gewöhnlich.
 Mittwoch: **Ein Künstlerfest.**
Fr. Renz, Direktor.

Concordia-Festsäle

C. Saeger, 64. Andreasstraße 64.
Donnerstag, den 11. Januar:
Grosse Soirée der Norddeutsch. Sänger.
 Ausgewähltes Programm.
 Nachdem: **Familien-Bränzchen.** Familien-Billets und Passapartouts behalten Gültigkeit.
 Anfang 8 Uhr.
 65/6 **C. Saeger.**

Orts-Krankenkasse

der **Maler u. verw. Gewerbe.**
Freitag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr:
Außerord. Generalversammlung der Delegirten in den Gratweil'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.
 Tagesordnung:
 1. Neuwahl der Revisoren für das Jahr 1894. 2. Bestätigung der Bureaubeamten. 3. Statutenänderung auf Verfügun des Ober-Präsidenten vom 20./12. 1893 laut § 48a des Kranken-Versich.-Gesetzes. 4. Verschiedenes.
 1166b **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle

der **Maler. (Zentrale Süd.)**
Mittwoch, den 10. Januar, Abends 8 Uhr,
 bei **Wiener, Alte Jakobstraße 83:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht pro 4. Quartal 1893. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Verschiedenes.
 1163b **Der Bevollmächtigte.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung

am **Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Joel, Andreasstr. 21.**
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht und Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. a) Antrag Mattutat und Genossen, betreffend die Reorganisation des Wahlvereins. b) Antrag Baumgarten: Theilung des Vereins für den Osten und Südosten Berlins.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreichen Besuch ersucht
 877/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 9. Januar, Abends 8 Uhr, im **Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wann beginnt die Revolution? Referent: Reichstags-Abgeordneter **August Hoffmann.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.
 241/17 **Der Vorstand.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im **Saale des Herrn Ehrenberg, Anuenstraße Nr. 16:**
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Geschäftliches, Entgegennahme der Rechenschaftsberichte, Wahl des Vorstandes und der Kommissionen, Verschiedenes.
 149/5

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.

General-Versammlung
 am **Mittwoch, den 10. Januar 1894,** im **Lokale der Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Heymann** über: „Die Nervenschwäche des Menschen und die moderne Wirtschaftsordnung.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Ersatzwahl des Vorstandes. 5. Kassenbericht. 6. Verschiedenes (Abrechnung vom Stiftungsfest).
 460/1 **Der Vorstand.**

Achtung! Öffentliche Arbeitslosen-Versammlung

aller im **Tapezier-Gewerbe** beschäftigten Personen (Gehilfen, Näherinnen etc.)
 am **Donnerstag, den 11. Januar, Vormittags 10 Uhr,** bei **Boltz, Alte Jakobstraße Nr. 75 (oberer Saal).**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit und deren Ursachen.“ 2. Diskussion. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Arbeitslosen ersucht
 Die Agitationskommission der Tapezierer Berlins und Umgegend.

Freie Volksbühne.

Um den dringenden Wünschen der Mitglieder, die durch den außerordentlichen Besuch der letzten Extravorstellung der „Weber“ deutlich gekennzeichnet wurde, nachzukommen, findet am nächsten **Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr,** im **National-Theater** noch eine Extravorstellung statt. Zur Ausführung gelangt:
Die Weber.
 Schauspiel aus den vierziger Jahren von **Gerhart Hauptmann.**
 Beginn des Verkaufs der Extrakarsten 1 Uhr.
 Am selben Tage findet für die zweite Abtheilung im **Lessing-Theater** eine Vorstellung statt. Zur Ausführung gelangt:
Das Fallissement. Von **Björnstjörns Björnson.**
 Es können noch Mitglieder für die 4. Abtheilung aufgenommen werden. Die betreffenden Ausweise, die zur Ausnahme nothwendig sind, sind beim Unterzeichneten zu haben.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 307/3 **J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.**

Ethische Gesellschaft.

Am **Mittwoch, den 10. Januar, Abends 8 Uhr,** bei **Seefeldt, Grenadierstraße 33:**
General-Versammlung.
 Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vorstand.**

Buchhandlung des „Vorwärts“

2. Beuth-Strasse. Berlin SW. Beuth-Strasse 2.
 Soeben ist erschienen:
Zweite vermehrte und verbesserte Auflage
Die Prostitution,
 ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung
 von **Dr. S. Lux.** Preis 20 Pfennig.
 Nach außerhalb gegen Einsendung des Betrages von 25 Pf. franko. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Grosse Berliner Schneider-Akademie.

Berlin C., Nothes Schloss Nr. 1. 6768L.
 Größte und einzige Fachschule, welche nach der verbesserten und vervollkommenen Methode des verstorbenen Herrn **Direktors Ruhn** unterrichtet. Garantie für gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in **Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei.** Inzestlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. **Empfehlenwerth:** Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer **1.**
Die Direktion.

Der Aufstand in Sizilien.

Der Aufstand in Sizilien dauert fort — daran ist kein Zweifel, trotz der Versicherung der italienischen Regierung, daß die Maßregeln Crispi's „beruhigend“ gewirkt, und überall in Sizilien den besten Eindruck gemacht hätten. Thatsache ist, daß es seit Verkündung des Belagerungszustandes an verschiedenen Punkten zu blutigen Kämpfen gekommen ist. Das steht fest. Aus dem Gewirre von mehr oder weniger entstellten Einzelheiten, die über die verschiedenen Zusammenstöße gemeldet werden, wird man aber nicht klug, weil die verschiedenen Zusammenstöße einander so ähnlich sind, daß sie sich schwer — und aus der Entfernung gar nicht — unterscheiden lassen. Typisch ist, daß Volkshaufen vor den Bürgermeistereien und Steuergebäuden sich versammeln und die Abschaffung der Gemeindesteuern verlangen. Wo nachgegeben wird, verläuft die Sache ruhig; wo nicht, kommt es zur Zerstörung der Steuergebäude und zu Thätlichkeiten gegen die Beamten; und wo Militär ist, zu Blutvergießen. Die Zahl der Getödteten muß schon sehr groß sein.

Die wichtigste Frage ist jetzt: wird der Aufstand auf Sizilien beschränkt bleiben? Oder wird auch das übrige Italien sich erheben? Im ersteren Fall wird der Aufstand aller Wahrscheinlichkeit gewaltlos niedergeworfen. Im anderen Falle wäre die italienische Monarchie schwer gefährdet und die Niederlage des herrschenden Systems gewiß. Demonstrationen in Neapel, Rom, Mailand und Ancona scheinen für die Verbreitung des Aufstandes nach dem italienischen Festlande zu sprechen. Nach einer Depesche aus Modena sei von sozialistischen Abgeordneten und Führern ein Aufruf erlassen worden, jetzt bloß zu protestieren und von hoffnungslosen Putschversuchen abzusehen — indessen ist diese Nachricht zunächst mit kritischem Auge zu betrachten. Der Crispi'sche Telegraph läßt kolossal.

Die Regierungspresse giebt sich für den sizilianischen Aufstand auf anarchistische und ausländische Intrigen zurückzuführen. Das „anarchistische“ Kanakel ist Cipriani, der nie Anarchist war, und das „ausländische“ die — deutsche Sozialdemokratie, weil sie jüngst den verhungerten sizilianischen Arbeitern etliche hundert Mark schickte! Jedemfalls tagt Herr Crispi sich und seine Macht sehr niedrig, wenn er vor diesen paar Mark Angst hat, von denen wir bloß wünschen, es wären ebenso viele Hunderttausend!

Ein sehr bedenkliches Symptom sind die zahlreichen Verhaftungen in Rom und anderen Städten Italiens. Und unter den Verhafteten ist ein Priester und sind mehrere Unteroffiziere — was für die Volkshämlichkeit und weite Verzweigung der Aufstandsbewegung spricht.

Der Aufruf der sizilianischen Arbeiterorganisationen (der Fasci) liegt jetzt vor. Er lautet:

Arbeiter Siziliens! Unsere Insel färbt sich roth vom Blute der Genossen, welche in ihrer Verzweiflung und Noth ein System verurtheilt, das Euch nicht Gerechtigkeit, nicht Wohlfahrt, nicht Freiheit geben wird. Eure Erregung ist eine harte Folge eines ungeschicklich verdamnten gesellschaftlichen Zustandes. Die Bürgerschaft hat keine Wahl. Sie muß entweder den Geist der neuen Zeit erkennen oder zu thierischer Gewaltthätigkeit Zuflucht nehmen. In diesem feierlichen Augenblicke stellen wir ihre heuchlerischen humanitären Ergüsse auf die Probe. Wir fordern in Eurem Namen: 1. Aufhebung der Verbrauchssteuern auf Mehl und Getreide; 2. strenge Untersuchung aller öffentlichen Verwaltungen Siziliens unter der Aufsicht und Mitwirkung der Bünde; 3. zwangsweise Einführung des im Kongresse von Corleone beschlossenen Halbpartistens; 4. zwangsweise Durchführung der von den Schmelzhäusern in Grotte gefaßten Beschlüsse, betreffend die Kinderarbeit, die Lohnsätze, die Arbeitszeit, die Gründung von kollektivistischen Produktions-Genossenschaften; 5. Gründung von landwirtschaftlichen und industriellen Genossenschaften auf Grund einer Vertheilung der ungebauten Privatgüter der Gemeinden, Staats- und Kirchengüter und zwangsweisen Enteignung des Großgrundbesitzes, wobei den Enteigneten bis auf weiteres eine auf den Schätzungswert der Grundstücke berechnete, höchstens dreiprozentige Jahresrente zu bewilligen sei; 6. Vergeltung aller öffentlichen Arbeiten der Gemeinden und des Staates an die Bünde ohne Rationserlag; 7. Sozialgesetzgebung auf Grund von Minimallohnsätzen und Einführung eines Normal-Arbeitstages; 8. Einstellung von 20 Millionen Lire in das Staatsbudget behufs Ausführung aller dieser Pläne, behufs Anschaffung von Arbeitswerkzeugen für die Genossenschaften und Vorkredite der notwendigen Nahrungsmittel und Geldmittel an die Mitglieder derselben. Arbeiter! Seht Eure organisatorische Arbeit fort und lehrt indessen zur Ruhe zurück; vereinzelte Erhebungen führen nicht zum Ziele. Wartet ab, was die Regierung thun wird; unsere Aktion wird sich danach richten.

Und dieser Aufruf, der in den unzweideutigsten Worten die Arbeiter auffordert, „zur Ruhe zurückzuführen“ und von „vereinzelten Erhebungen“ abmahnt, hat den Anlaß zur Verhaftung der Felice's abgegeben! Nachdem wir dieses Aktstück gelesen, finden wir unsere erste Vermuthung voll bestätigt, und halten es für feststehend, daß Crispi den Aufstand angezettelt hat, um sich als Staatsretter aufzuspielen und dadurch seine Stellung zu befestigen. —

Die Noth des Ueberflusses.

Paris, 5. Januar 1894.

Mit noch größerer Jubrust als das Lob Gottes, fangen die lustigen Mönche des Mittelalters das Lob des Weines:

Vinum bonum et suave
Mundana laetitia

Ave placens in coloro
Ave fragrans in odore
Ave sapidum in ore
Dulce linguae viniculum

Felix venter, quam intrabis,
Felix lingua, quam rigabis,
Felix os, quod ta lavabis
Et beata labia

Supplicamus, hic abunda

Was in deutsche Reimverse gebracht, also lautet:

Wein du guter, Wein du süßer,
Süßliche Glückseligkeit.

Seil, des Farbengluth uns freuet,
Seil, der milden Duft verkreuet,
Labetrost der Kehle weiset,
Seil dir, süße Zungenfestel!

Glückesleib der dich geniehet,
Glückeszung, die du begiehet,
Glückesmund, darinn du fliehet,
Und gebenedeite Lippen.

Hör uns stehen und beglücke
Uns mit Ueberfluß!

Wie glücklich sie doch wären, wenn sie auf die Erde zurückkämen, die alten Mönche, die diese Trinkeime sangen, welche wir in den Klöstern Deutschlands, Schottlands, Frankreichs und anderer Länder gefunden haben. Wein giebt's dieses Jahr im Ueberfluß — in solchem Ueberfluß, daß man nicht weiß, wo ihn unterbringen, und daß der Preis der Fässer sich verdoppelt und verdreifacht hat.

Die Weinernte war heuer außerordentlich gut; das Ergebnis ist rund 50 Millionen Hektoliter; es überschreitet den Durchschnittsertrag der vorhergehenden 10 Jahre um 21 Millionen Hektoliter. Der Feltar Land, der im Jahre 1892 durchschnittlich 16 Hektoliter gab, lieferte 1893 deren 28 — ein Mehr von 75 pCt.

Die Weinernte in Algerien war noch großartiger; sie erhebt sich auf 36 Hektoliter der Feltar und auf 4 Millionen Hektoliter bei 118 000 mit Neben beplanten Feltaren. Und dieses Jahr ist der Wein gut.

Der Apfel hat nicht hinter der Rebe zurückbleiben wollen; er hat unter seiner Last die Äste der Apfelbäume bis zum Brechen gebeugt. Die Eider-Ernte beträgt 31 1/2 Millionen Hektoliter; niemals ist diese Ziffer erreicht worden. Die fruchtbarsten Jahre bisher: 1848 und 1883, hatten bloß 22 und 23 Millionen geliefert.

Die Franzosen haben also dieses Jahr 83 Millionen Hektoliter des köstlichsten Getränkes zu verzehren, wobei noch das Bier gar nicht gerechnet ist. Es ist genug da, und mehr als genug für Jedermann und Alle. Jede Familie von 5 Köpfen hätte für ihren Jahresgebrauch beinahe 12 Hektoliter.

Gewiß stimmt man Jubellieder an zu Ehren des Rebenfasses, dieses Geschenk der Sonne, der leuchtenden Gottheit. Die Freude muß überschäumen in den sonnenbegnadeten Gauen, welche den Wein hervorbringen.

Aber nein! Im Gegentheil, es herrscht dort Verzweiflung. Statt Liedern der Lust ertönen Klagen und werden Drohungen ausgesprochen.

Die Weinbergbesitzer aller Departements des Südens veranstalten Orts- und Kreisversammlungen in denen sie sich die Haare ausrufen; in denen sie jammern, daß sie zu viel geerntet haben, daß sie den Wein nicht verkaufen können; in denen sie seufzen, daß sie zu 20 und 15 Francs das Hektoliter keinen Käufer für Weine finden, die sich sonst für 50 Francs verkaufen. Was man seit 1848, seit der Gründung der Eisenbahnen nicht mehr erlebt hat: der Wein für 2 und 3 Sous (8—12 Pf.) das Liter ist wieder Wahrheit geworden.

Viertausend Weinbergbesitzer, in Narbonne versammelt, donnern gegen das Glend und den Nothstand der guten Ernte — und man bedenke, 4000 Südlinge machen mehr Lärm als 50 000 Nordfranzosen. Man befürcht, man bedroht die Regierung, man macht sie für die Lage verantwortlich; man bedeutet ihr, wenn sie nicht Hülfe schafft, würden alle Wahlkörperschaften des Departements am 1. Februar ihre Entlassung einreichen, und würde man keine Steuern bezahlen.

Die Weinbergbesitzer von Rouffillon schreiben an den Ackerbauminister, er solle die Vertheilung von Rosinen-Wein (die Herstellung von Wein aus getrockneten Trauben) und den Verkauf alles Weines mit Wasserzuzug*) verbieten, er solle den Einfuhrzoll auf ausländische Weine erhöhen und das städtische Oltroi abschaffen, das 10 bis 20 Centimes (8—16 Pfg.) auf das Liter der eingeführten Weine beträgt.

Herr Vigier, der Ackerbauminister, ist ganz aus dem Häuschen; er antwortet den Herren, daß der Ackerbauminister nicht das Recht und nicht die Macht hat, die Freiheit der Industrie aufzuheben; daß jedermann das Recht hat, Wein aus getrockneten Trauben zu verfertigen, und daß jeder Weinwirth Wein mit Wasserzuzug verkaufen darf, wenn er es öffentlich anzeigt; und daß der Ackerbauminister das städtische Oltroi nicht mit einem Federstrich beseitigen kann.

All diese Gründe sind den hitzigen Männern des Südens keinen Pfifferling werth. Die Handelskammer von Perpignan tritt zusammen, um von der Antwort des Ackerbauministers Kenntnis zu nehmen; und beschließt eine motivirte Tagesordnung, die dem armen Minister brühheiß zugeschiedt wird. Es heißt darin: „Die Unzufriedenheit wächst mit jedem Tag; überall hört man dumpfes Grollen; die Noth ist eine schlechte Rathgeberin. Fürchterlich wäre die Revolte (la révolte), die sie zur Folge hätte, und die sich gegen unsere Regierenden richten würde.“

Diese guten Bürger werden wüthende Anarchisten — bald werden sie Dynamit reden.

Die überreiche Ernte wälzt alles um, sie entfacht heißen Streit zwischen den Weinbergbesitzern des Südens und denjenigen der Mitte und des Nordens.

Der Süden beansprucht neue Zölle, der Osten protestirt gegen die bestehenden Zolltarife, welche die Handelsverbindungen mit der Schweiz abgebrochen haben. Ehe diese Tarife bestanden, die den Ackerbau und die Industrie Frankreichs schützen sollten, wurde für den in die Schweiz eingeführten Wein nur 3 Frks. 50 Cts. das Hektoliter Zoll bezahlt. Heute bezahlt man 30 Frks. Die Weinbergbesitzer des Nordens sind genöthigt, ihre Weine zu behalten und sie selbst zu trinken. Und sie finden, daß es ein Unglück ist, so guten Wein zu trinken, statt ihn zu verkaufen.

Nicht nur ist den ausländischen Weinzüchtlern der Krieg erklärt; die einheimischen Weinzüchter sind auch unter sich im Krieg. Paris und die Departements des Nordens, die keine Nebenpflanzen, sind die großen Absatzgebiete für die französischen Weine.

Die Weinbergbesitzer des Südens verlangen von den Eisenbahnen, daß sie die Frachtpreise herabsetzen. Die Weinbergbesitzer des Ostens und der Mitte zittern bei dem Gedanken, daß die südlichen Weine zu einem billigeren Preise ankommen, und sie schreiben an den Minister, er solle ja nicht in die Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife willigen.

Noch niemals hat eine schlechte Ernte eine so unheilvolle Wirkung gehabt, als diese wunderbar gute Ernte.

Die Kräfte hat erst angefangen. Die Weinbauern haben noch einiges Geld und können ihre ablaufenden Wechsel noch erneuern; wenn sie aber ihren Kredit erschöpft haben, dann erwartet sie der Ruin.

*) cidro, franz. (südr), engl. cider (seider) Kapselwein.

**) Festere wäre gewiß nicht übel!

Der Wein, der ihre Keller bis zum Ueberlaufen füllt, wird sie dann zwingen, ihr Land für einen Schandenpreis zu verkaufen. Sie haben gut sich auf einem Kongress vereinigen, ihre unerfüllbaren Forderungen stellen und Drohungen ausstoßen — nichts wird sie aus ihrer Verlegenheit ziehen. Gedrückt von ihrem Reichthume, müssen sie dem Glend verfallen.

Freilich ein Rettungsmittel bleibt ihnen — es ist aber ein heroisches: sie müssen den Holländern nachahmen, die im 17. Jahrhundert die Gewürze verbrannten, um den Preis in die Höhe zu treiben. Sie müssen die Hälfte ihrer Ernte in die Flüsse und Bäche gießen, um die andere Hälfte zu verkaufen.

Seitdem die Naturforscher die Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen der Auster studirt und ihre innersten Geheimnisse ergründet haben, kann man diese köstliche Muschel im Ueberfluß hervorbringen.

Dieser Ueberfluß bringt die Austerzüchter in Verzweiflung; sie haben Hilfe geschafft: in Arcadion, dem großen Mittelpunkt der französischen Austerzucht, zerstört man jährlich eine beträchtliche Anzahl junger Auster, denn würden sie alle aufgezogen, so könnte man sie nicht zu einem lohnenden Preise verkaufen.

Zerbrechen, um zu verkaufen, das ist das letzte Wort der kapitalistischen Weisheit.

Gallus.

Parteinachrichten.

Aus New-York schreibt man uns unterm 20. Dezember v. J.: Ueber die Verhandlungen auf der Konvention der „Federation of Labor“ sind noch einige Nachträge zu machen, welche zur Beurtheilung der Situation von Interesse sind. Zunächst muß ich aber auf einen Umstand hinweisen, der zur Erklärung des im vorigen Briefe mitgetheilten Beschlusses bezüglich der selbständigen politischen Aktion dient. Es sei daran erinnert, daß die Federation nicht gegründet wurde, um die Emanzipation der amerikanischen Arbeiter vom Lohnsystem zu vollbringen; ihr Strebenziel beschränkte sich auf die Hebung der Lage der Arbeiter unter dem heutigen, dem kapitalistischen System.

Mehr erwarteten die Arbeiter von dieser Organisation nicht. Daß sie nicht eine Kritik einschlug, welche darauf berechnet war, die Arbeiter für den Emanzipationskampf vorzubereiten, das war in den Augen der Masse der Arbeiter kein Fehler. Denn bisher begriffen dieselben die Nothwendigkeit der Beseitigung des Lohnsystems nicht, sie waren damit zufrieden, sich unter diesem System eine menschenwürdige Existenz (a fair wage for a fair day's work — ein anständiger Lohn für eine anständige Tagesarbeit) zu sichern. So lange sie das für möglich hielten, genügt ihnen die gewerkschaftliche Bewegung. So lange sie glaubten, daß ihnen die Federation höhere Löhne und längere Arbeitszeit sichern würde, hatten sie Vertrauen zu derselben.

Seit einem halben Jahrzehnt ungefähr nun hat die Federation diese Aufgabe nicht mehr erfüllt. In den Kämpfen derjenigen großen Organisationen, welche ihr angehörten, sind die Arbeiter stetig unterlegen, die Löhne sanken in allen betreffenden Industriezweigen, theilweise um ein Bedeutendes, und die Folge war, daß jene Organisationen entweder an Mitgliederzahl zusammenschmolzen oder — wie der Verband der Schriffführer aus Furcht vor der Einführung von Sechsmaschinen — sich ängstlich vor neuen Kämpfen scheuten, da sie die Hoffnungslosigkeit derselben einsahen, wenn sie das auch nicht öffentlich eingestehen wollten.

Die im Herbst hereingebrochene und heute noch ungechwächt wüthende Krise legte alle gewerkschaftlichen Organisationen vollständig lahm, und die Arbeiter wissen, wie seitdem das „Lohnreduktionsfeber“ grassirt hat!

Es mußte sich schließlich den Führern die Ueberzeugung aufdrängen, daß der gewerkschaftliche Kampf für höhere Löhne und längere Arbeitszeit, oder auch nur für Aufrechterhaltung des status quo und Verhinderung des weiteren Niederganges unter den obwaltenden Umständen ein hoffnungsloser sei und die Arbeitermassen immer mehr den Glauben an die Macht der Organisation verlieren würden. Diejenigen unter diesen Führern, welche die gewerkschaftlichen Organisationen in erster Linie als Operationsfeld für ihre Thätigkeit als politische Drahtzieher der herrschenden Parteien betrachteten, konnten auf der Konvention den Argumenten der für selbständige politische Aktion eintretenden Delegirten so wenig entgegen treten, wie sie es auf den früheren Konventionen (der letzten Jahre) gekonnt; aber sie wagten es diesmal auch nicht, wie früher, die betreffenden Anträge stillschweigend niederzustimmen. Die Wucht der Thatsachen zwang sie, nachzugeben. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man den Beschluß bezüglich der selbständigen politischen Aktion betrachten, wenn man sich später ein klares Urtheil über die weiteren Vorgänge in der hiesigen Arbeiterbewegung bilden will.

Zur Illustrirung dessen, daß die Majorität die Konvention mit jenem Beschluß nicht dokumentirt, rückhaltlos in die Bahnen der modernen Arbeiterbewegung einzutreten, mögen zwei weitere Beschlüsse dienen, von denen der eine dahin geht, daß der Bundeskongress an die einzelnen Staaten 500 Millionen Dollars in Schatzamtnoten verteilen möge zwecks Inangriffnahme von Straßenbauten bei einem Minimallohn von 1,50 Doll., der andere die freie Silberprägung zur Rate von 1—16 verlangt. Durch Ausführung der ersteren Forderung hofft man, wieder Lust für die gewerkschaftliche Bewegung zu machen durch Beseitigung des erdrückenden Alps der Reserve-Armee überflüssiger Hände; die zweite Forderung zeigt, daß die Leute den Wahn noch nicht los sind, die gegenwärtigen Zustände hätten ihren Grund im Mangel an „Kleingeld“, während doch nach den Berichten des Schatzamts die Umlaufmittel am 1. Dezember d. J. um 112 404 947 Doll. größer waren, als um dieselbe Zeit des vorigen Jahres.

Es sei noch mitgetheilt, daß die Entsendung eines Delegirten zum internationalen Kongress in London beschlossen wurde; ferner auf eine Forderung Sovereign's, des jetzigen obersten Führers der Knights, die Wahl von drei Delegaten zu einem in nächstem Jahre abzuhaltenden allgemeinen amerikanischen Arbeiterkongress. Ein Antrag, Burns und Bebel zu einer Agitationstour einzuladen, wurde der Exekutive überwiesen. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der anarchistisch-gewerkschaftliche Redakteur der „Wäcker-Zeitung“, Weissmann, gegen die Einladung Bebel's protestirte, weil derselbe ein Gegner der Gewerkschaften sei und die Arbeiterbewegung dadurch schädige und zurückhalte. Ein unverschämteres Individuum, wie dieser Ignorant, ist mir im Leben noch nicht vorgekommen! — Von Interesse ist noch, daß Me. Suite, Sekretär der „Brotherhood of Carpenters and Joiners“, der bisher mit Compens an einem Strange zog, denselben in rückwärtsloster Weise angriff und erklärte, die Federation bedürfe neues Blut, Energie und Kraft, man sei der alten Hausen müde etc. Me. Suite wurde als erster Vizepräsident gewählt — da sind also schlechte Ausflüchte auf „harmonisches Zusammenwirken“! Indessen, beißen werden sich die Beiden nicht!

Eine Parteikonferenz für das hiesige Wesfalen ist für den 14. Januar nach Bielefeld einberufen. Als Tagesordnung sind folgende Punkte festgesetzt:

1. Agitation und Organisation. 2. Wahl eines Agitations-

tomitee. 3. Festsetzung der Befugnisse derselben und Bestimmung des Ortes, wo das Komitee seinen Sitz zu nehmen hat. 4. Presse. 5. Festsetzung des Wahlmodus für die zukünftigen Konferenzen. 6. Verschiedenes.

Anfragen und Anträge sind zu richten an Bruno Schumann, Schulstr. 20, Wiefelseid.

Zur Nothstands-Aktion in Berlin.

III.

Im Anschluß an unseren letzten kurzen Bericht tragen wir nach, daß der Nothstands-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung bei Beginn seiner letzten Sitzung einen eingehenden Bericht über die Arbeitstätigkeit der Tiefbau-Abteilung des Staatsjahres erhielt, aus dem hervorging, daß die von den städtischen Behörden beschlossenen Arbeiten auf diesem Gebiete sämtlich in Angriff genommen und nach Möglichkeit gefördert worden sind. Auch bei den Hafenanlagen am Urban konnten nach Ansicht des Magistratsvertreters nicht mehr Arbeiter beschäftigt werden.

Der Bericht, der eine zahlenmäßige Darstellung der im Staatsjahre für die Zwecke der Tiefbau-Verwaltung angewendeten Mittel enthielt, soll dem Ausschußprotokoll beigelegt werden. Da es dem Ausschuß wünschenswert erschien, auch über die Tätigkeit der Hochbau-Abteilung genaue Kenntnis zu erhalten, aber ein Magistratsvertreter für diese Verwaltung nicht anwesend war, beschließt der Ausschuß für die nächste Sitzung die Anwesenheit eines Magistratskommissars für die Hochbau-Abteilung zu erbitten.

Entsprechend seinem früheren Beschluß, trat der Ausschuß nunmehr in die Fortsetzung der Beratung des Antrages Singer und Genossen ein und beschäftigte sich mit dem Punkt, der für den Winter die Erhöhung der Almosen und Pflegegelder vorschlägt.

Der Antragsteller begründete die Forderung mit den niedrigen diesbezüglichen Geldzuwendungen als auch mit den durch die Kälte erforderlichen Mehraufwendungen und schließlich mit der Tatsache, daß die herrschende Arbeitslosigkeit auch den Almosen- und Pflegegeldempfängern die Möglichkeit eines durch Arbeit zu erzielenden Nebenverdienstes sehr erschwere.

Die Armenkommissionen sollten nach Ansicht des Antragstellers angewiesen werden, in Rücksicht auf den herrschenden Nothstand den Gesuchen um Unterstützung gegenüber willfähriger zu sein und auf dem Wege der Almosen- und Pflegegeld-Erhöhung und wenn nötig durch Extrazustellung den Nothstand nach Kräften beseitigen und mildern helfen.

Von anderer Seite wurde mit Energie betont, daß die Armenkommissionen von der Befugnis Extra-Unterstützungen zu geben, sehr reichlich Gebrauch machen und daß die Tätigkeit der städtischen Verwaltung auf diesem Gebiet zu keinen berechtigten Klagen Anlaß gebe. Die Stadt verwerde sehr bedeutende Mittel für Armen- und Unterstützungsarbeiten und es sei in diesem Jahr wieder eine bedeutende Etatüberschreitung zu erwarten.

Namentlich der Magistratsvertreter war diesem Theile des Nothstandsantrages gegenüber sehr lauz angebunden und sprach von dem grassirenden Humanitätsfieber, was dem Antragsteller Veranlassung gab, zu bemerken, daß ein derartiges Fieber immer noch sympathischer sei, als verknöchertes Bürokratismus. Ein Ausschußmitglied wollte nicht so generell wie der Antragsteller die Erhöhung der Armen- und Pflegegelder eintreten lassen, erkannte jedoch die Nothwendigkeit, in Rücksicht auf die herrschenden Verhältnisse außerordentliche Maßregeln zu ergreifen, vollkommen an, und stellte den Antrag, dem Magistrat eine größere Summe zu außerordentlichen Unterstützungen zur Verfügung zu stellen.

Von weiteren Seiten wurde diese Ansicht lebhaft unterstützt und der Magistratsvertreter angefordert, dem Ausschuß in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über die Etatlage der städtischen Armenverwaltung zu geben, damit er wagen werden könne, wie hoch der Etat im laufenden Jahr überschritten werde, und welche Mittel noch für den gedachten Zweck bereit gestellt werden müssen. Ueber die beantragte Einrichtung von Wärmehallen in verschiedenen Gegenden und den diesbezüglichen Beschluß des Ausschusses haben wir bereits berichtet. Der letzte Gegenstand der Beratung der Ausschussung vom Freitag bildete die eingehende Begründung der neuen Anträge des Stadiv. Singer wegen Schaffung einer Organisation zum Zweck Beschäftigung Arbeitsloser und Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik.

Die Verhandlung hierüber wird sich noch im Neuen der Versammlung wiederholen müssen, da der Ausschuß sich nicht für befugt erachtete, diese Anträge weiter zu verhandeln. Der Antragsteller hatte darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Gemeinde sei, sich bei der Beschaffung und Vermittelung von Beschäftigung ihrer arbeitslosen Mitbürger nach Möglichkeit zu beteiligen und daß die Voraussetzung einer wirkungsvollen Tätigkeit auf diesem Gebiet die Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse sei. Nebenher konnte sich auf die Beispiele einer ganzen Anzahl deutscher und ausländischer Städte beziehen und forderte den Ausschuß auf, mit dafür zu sorgen, daß Berlin nicht länger zögere, Einrichtungen zu treffen, die im Zuge der Zeit liegend, der Stadt doch früher oder später abgerungen eventuell gefehlich auferlegt werden würden. Auch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in städtischen Betrieben wurde von dem Antragsteller eingehend begründet. Auf diesem Gebiet müsse die Stadt Berlin mit guten Beispiel vorangehen. Eine verkürzte Arbeitszeit bedeute für den einzelnen Arbeiter keine Lohnerhöhung und eine etwa eintretende Wertheuerung des Produktes müsse die Stadt in den Kauf nehmen, wenn dadurch eine der schlaunten Wirkungen des herrschenden Wirtschaftskrisensystems gemildert werde.

Die Beratung über diesen Theil des Antrages mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden. Diefelbe findet in der nächsten Sitzung statt, in welcher der Ausschuß voraussichtlich seine Arbeiten beenden wird.

Lokales.

Weibliches Bildungsproletariat und Bourgeoisnoblesse. Das Organ des König Stamm, „Die Post“, bringt, vielleicht um zu beweisen, daß der Bourgeois gleiches Recht für Alle will und seine Fähigkeit keineswegs auf die von vorübergehendem Hunger verdaunten Arbeiter beschränkt, zu diesem Kapitel folgenden Beitrag: Herr N. verlangt eine Erziehlerin für seine beiden Kinder. Die betreffende Dame soll die Lehrbefähigung für höhere Mädchenschulen besitzen und wochentäglich von 12 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$ und von 3—7 Uhr Nachmittags unterrichten. Für diese fünf Stunden täglich glaubt Herr N. monatlich 25 M. oder noch nicht 1 M. täglich, anbieten zu können. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß die Dame der weiten Entfernung von ihrer Wohnung bis zu der des Herrn N.'s wegen unter ausgiebiger Benutzung der Pferdebahn fast eine Stunde gebraucht, daß sie also in der Zwischenzeit von 1 $\frac{1}{2}$ —3 Uhr nicht nach Hause gehen kann, um zu essen, und daß sie sonach 8 $\frac{1}{2}$ Stunden außer ihrer Beauftragung ist, so fällt einem selbst nach langer Ueberlegung nicht die richtige Bezeichnung für eine Offerte ein, bei der als Einzahlung eine stündliche Lehrzeit, 8 $\frac{1}{2}$ Stunde Zeitverlust und 60 Pfg. Bahngeld zu leisten sind, bei der der Gewinn aber 1 M. beträgt.

Solche Unverschämtheit steht durchaus nicht vereinzelt da. Uns ist ein Fall bekannt, daß eine in Berlin wohnende Französin von gleichfalls hoher Bildung sich in einem heftigen Blatt zum Ertheilen von Unterricht in der französischen Sprache empfahl. Die Infantin hatte offenbar einiges Glück, denn es liefen auf die Annonce verschiedene Zuschriften ein und wurde denn von der Lehrerin die anscheinend distinguishedste Adresse zuerst aufgesucht. Die Dame, die für ihre Kinder eine französische

Stundengeberin haben wollte, wohnte an einer Station der Wanneseebahn in einer vornehmen Villa. Nachdem die Lehrerin durch verschiedene prächtig ausgestattete Apartements geführt war, hatte sie die Ehre, sich der Dame des Hauses vorstellen zu dürfen und es ging alles vortrefflich, da der Befähigungsnachweis bald erbracht werden konnte. Es handelte sich nur um den nervus rerum, auf den die schon halb Engagirte zum Schluß bescheiden anspielte. „Wir geben ein Diner“, lautete der Bescheid. Das junge Mädchen blickte erstaunt zu ihrer Gönnerin empor und fragte, ob sie recht verstanden worden sei, sie habe auf das Honorar hingedeutet. „Sie hörten doch, wir geben ein Diner für die Unterrichtsstunde!“ In ihrer bedauerlichen Unkenntnis deutscher Sitten empfahl sich die Französin mit der empört hingeworfenen Bemerkung, daß sie aus Sparsamkeitsgründen denn doch lieber vorziehe, sich in Berlin ein Mittagessen für 60 Pfg. zu kaufen, anstatt sich dasselbe für eine Unterrichtsstunde und 40 Pfg. Bahngeld eingutauschen!

Daß es in Berlin keinen Nothstand giebt, wird seitens der städtischen Armenkommission aus dem Umstand gefolgert, daß die Armenkommissions-Vertreter die Suppenmarken nicht los werden können. Wie bei Erstattung des Jahresberichtes hervorgehoben wurde, sei ein Fünftel der Suppenmarken unbenutzt geblieben. Die ständigen Kunden der Armenkommission, so wird der „Berliner Morgen-Zeitung“ mitgeteilt, namentlich die sogenannten professionellen Armen, sollen sich vor Suppenmarken bedanken und lieber bares Geld nehmen. Wenn hier von „ständigen Kunden“ der Armenkommission und von „professionellen Armen“ gesprochen wird, so ist wohl jedem klar, um was für Leuten es sich handelt, einfach um Personen, die aus dem „arm sein“ ein Gewerbe machen. Daß diese „Kunden“ lieber bares Geld nehmen, als Suppenmarken, wollen wir gerne glauben. Diese Art Leute leiden keinen Hunger; sie leben vom Flechten und Schnorren besser als mancher Arbeiter von dem Bohne für schwere Arbeit. Auffallen könnte höchstens, daß ein Fünftel der Suppenmarken unbenutzt geblieben ist. Man sollte meinen, daß es der Armenkommission ein leichtes sein müsse, Abnehmer für die Suppenmarken zu finden. Wenn dies doch nicht der Fall zu sein scheint, so muß dies doch seinen Grund haben und dieser ist, wie das gedachte Blatt ganz richtig andeutet, wohl mit Recht in dem Umstande zu suchen, daß diese Suppen als „Armenisuppen“ gekennzeichnet sind und ihnen damit jener Stempel aufgedrückt ist, welchen die heutige Gesellschaft der Armut als gewissermaßen Unehrensbeleg aufzubringen für gut hält. Die Verwaltung der Stadt Berlin unterhält eine Reihe von Küchen, „Armenküchen“, in denen die „Armenisuppen“ gekocht werden. Es ist nun nicht Jedermann's Sache, sich aus „Armenküchen“ „Armenisuppen“ zu holen. Tragen schon Viele Bedenken, sich trotz aller Noth um Unterstützung an die Armenkommission zu wenden, um wie viel mehr werden sie sich scheuen, den Gang in die Armenküche zu machen. So erklärt sich wohl der auffällige Umstand, daß „Armenisuppenmarken“ zurückgewiesen oder mindestens nicht verlangt werden und daß ein Fünftel unbenutzt bleiben konnte. Die städtischen „Armenküchen“ erweisen sich heute als ein Ueberbleibsel aus alter Zeit, das möglichst schnell zu beseitigen wäre. Die besondern „Armenküchen“ sind überflüssig geworden, seitdem die Eina Morgenstern'schen „Volksküchen“ ihre „legendarische“ Wirksamkeit entfaltet haben. Ebenso wie andere „Wohltäter“ sich dieser Anhalten bedienen, könnte es auch die Armenkommission thun und Speisemarken zu den Volksküchen verteilen. Diese würden bereitwilligere Abnahme finden, als die Suppenmarken für die „Armenküchen“, denn die „Volksküchen“ sind doch nicht in dem Maße abschreckend, wie die direkten „Armenküchen“. Ist es gleich eine Grplogeneität der herrschenden Klassen, die Armut zu brandmarken, so sollte die „liberale“ Stadtverwaltung dies doch nach Möglichkeit vermeiden und baldmöglichst den vollständig überflüssigen und entwürdigenden Apparat der „Armenküchen“ zur Beseitigung von „Armenisuppen“ beseitigen.

Zum Nothstand in Berlin. Obwohl offiziell von den städtischen und städtischen Behörden abgelehnet, ist er dennoch vorhanden, und deutet auch verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Behörden sehr gut von seiner Existenz unterrichtet sind. In der Nähe einiger Kasernen und Krankenhäuser hat man täglich um die Mittagszeit Gelegenheit, wahrzunehmen, daß Männer, Frauen und Kinder zu Tausenden stundenlang vor den Thüren andächtig warten, bis alle Inoffizien genannter Anstalten gespickt haben, da alsdann die Ueberreste der Küche zur Vertheilung gelangen. Nicht jeder, der zufällig sich da einführt, erhält seine Mittagsmahlzeit. Am an der Speisung teilnehmen zu können, bedarf es eines Ausweises des zuständigen Polizeireviere über Führung und Bedürftigkeit der betreffenden Person oder Personen. Fällt derselbe günstig aus, so öffnet ein Passierschein des betreffenden Truppen-Kommandos die sorgsam bewachten Thore der Kaserne und dem Wohlthätigen winkt, soweit der Vorrath reicht, ein leibliches Mittagessen, das an Nährgehalt die Betteluppen der 15 städtischen Suppenküchen wohl um ein Bedeutendes übertrifft dürfte. Häufig aber stehen die armen Leute stundenlang und erhalten — nichts. In verschiedenen Kasernen, wie beispielsweise in der des 3. Garde-Regiments, des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments, des 1. Garde-Regiments wird jedes derartige Gesuch rundweg abgelehnt, da genannte Regimenter wie viele andere ihre Küchenüberreste an Mollereibesitzer verkaufen. Eine Ausnahme machen das Garde-Pionier-Bataillon, das Garde-Füsiliers-Regiment, das zweite Garde-Regiment u. s. w. Von Krankenhäusern ist außer anderen „Bethäusern“ zu nennen, welches in dieser Weise die Noth der Armen der Armen etwas zu lindern sucht. Allerdings ist dieses alles unzugänglich. Wir bleiben dabei: Die Kommune- und Staatsbehörden haben die Pflicht Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

Der Erlaß des Ministers des Innern, den wir neulich im „Vorwärts“ veröffentlichten, scheint, wie die vielen Polizeiplakate zeigen, namentlich in den Vororten Berlins von den unteren Behörden mit ganz eigenthümlicher Heschick befolgt zu werden. Der Amtsvorsteher von Friedrichsfelde erklärte kürzlich, als der dortige Verein „Vorwärts III“ zum 13. November ein Vergnügen bei ihm anmelden wollte, diesen Gesangsverein für unbekannt, obgleich der Verein schon seit 1890 besteht und bereits verschiedene Vergnügen angemeldet hat. Das betreffende Vergnügen wurde, als man es trotz der behördlichen Kenntnisslosigkeit beging, durch Sendarmen angefohlt.

Dem Arbeiter-Bildungsverein in Friedrichsfelde wurde vom Amtsvorsteher die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung einer vorgenommenen Statutenänderung mit dem Motiv verweigert, daß er, der Amtsvorsteher, nicht jedesmal eine Bescheinigung schreiben werde, wenn der Verein etwas anmelde. Erst nachdem der Arbeiter-Bildungsverein eine Beschwerde beim Landrath eingereicht hatte, wurde die verlangte Bescheinigung ausgehellt.

Als Nicht-Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Wirth Mackowski in Friedrichsfelde, der sein Lokal, das er zu Arbeiter-versammlungen hergiebt, am Sylvesterabend Punkt 10 Uhr schließen mußte; den übrigen Wirthen am Ort wurde gestattet, bis 1 Uhr Nachts ihre Gäste zu bewirthten.

Zum Kapitel der Arbeitslosigkeit. Viele Leute, die mit der Feder umzugehen wissen, aber keine Stellung finden können, wenden sich in ihrer großen Noth an den Magistrat mit der Bitte, als Hilfsarbeiter vorübergehend beschäftigt zu werden. Die Bittsteller erhalten jedoch nach kurzer Zeit in einem lithographirten Briefe, für den sie 10 Pfennige Porto zu zahlen haben — vorausgesetzt, daß sie noch so viel Geld besitzen — den Bescheid, daß Hilfskräfte nicht eingestellt werden können. Nun ist es aber eine ganz bekannte Thatsache, daß die im städtischen Dienst stehenden Beamten, auch solche mit sehr gutem Gehalte, fast das ganze Jahr hindurch sich zu Hause mit Ueberarbeiten

für den Magistrat beschäftigen und damit oft noch so viel dazu verdienen, als ihr Gehalt beträgt. Es wäre doch ein Gebot einfacher Menschlichkeit, diesen Verdienst den Armen zumuten zu lassen, die ohne Beschäftigung sind und barben und freieren müssen. Der Magistrat hat beschlossen, die Wärmehallen zu vermehren; eine noch größere Freude würde er aber den stellunglosen „geistigen Proletariats“ bereiten, wenn er wenigstens den besser besoldeten Beamten die Nebenarbeiten verbieten und sie durch Hilfskräfte ausführen lassen würde.

Zur Frage der Wärmehallen. Bei der jetzt herrschenden strengen Kälte erweisen sich die Wärmehallen am Alexanderplatz als durchaus ungenügend. Dem Uebelstand könnte doch sehr leicht abgeholfen werden, wenn auch in der Peripherie der Stadt, wo doch das Glend am größten ist, Wärmehallen errichtet werden. An den Kohlenplätzen des Sörliger Bahnhofes und wohl auch an den übrigen Bahnhöfen stehen arme Leute, welche irgend eine Arbeitsgelegenheit zu erspähen suchen, Stunden und halbe Tage lang in Wind und Wetter, indes die frühere Emmauskapelle vollständig leer und ohne jeden Zweck nach wie vor den Lausitzer Platz verunglückt. Mit geringen Kosten ließe sich dieses Gebäude sehr leicht zu einer Wärmehalle herrichten, die sehr gut bis 500 Personen aufnehmen könnte. Hier ist den maßgebenden Faktoren Gelegenheit gegeben, ihre christliche Nächstenliebe zu betheiligen. Ob der Gemeindevorstand auf diesen Vorschlag eingehen wird?

Ebenso befindet sich in der Köpcke'schen Straße am Schlieschen Thor eine leerstehende frühere Schule, auch diese könnte der Magistrat mit leichter Mühe in ein Asyl verwandeln. Am Lehrter Bahnhof sind noch viele leere Stadtbahnwagen vorhanden und auch in jeder anderen Gegend fänden sich derartige Räume. Worauf also warten? Es ist die Pflicht des Magistrats, Vorkehrungen zu treffen, die eine Ueberfüllung der unzureichenden Asyls und Wärmehallen unmöglich machen.

Die Rotunden-Frauen. Zu dem kürzlich von uns veröffentlichten Artikel über das Loos der in den Rotunden angehaltenen Wartefrauen sendet uns Herr Subdirektor Rudolf Proh, Auguststr. 6, eine Ergänzung, in der er erklärt, daß die gerügten Uebelstände in seinem Revier, nördlich der Spree, Leipziger- und Potsdamerstraße, nicht vorhanden seien. Herr Rudolf Proh schreibt: Die meisten meiner Wartefrauen sind über zehn Jahre bei mir beschäftigt, und fühlen sich recht wohl; ich zahle ihnen neben dem Lohne von 1,40 M. täglich noch Feigezucker, Handtücher, Waschlappen, ferner die Beträge, die für besondere Handtücher, Seife, Kamme und Bürsten gezahlt werden, so daß sich die Frauen auf durchschnittlich 2,50 M. täglich Lohn stellen. Außerdem bekommt jede Frau alle 14 Tage einen freien Tag und stelle ich die Verrettung auf meine Kosten und habe zu Weihnachten an Gratifikationen 400 M. gezahlt.

Ein großer Tumult entstand am Sonnabend Abend 5 $\frac{1}{2}$ Uhr vor der verschlossenen Eingangsthere zur Wärmehalle. Bereits um 4 Uhr war die Halle geschlossen und erst um 6 Uhr Abends wegen angeblicher Ueberfüllung wieder geöffnet worden. Es harrten über 500 Personen stierend 1 $\frac{1}{2}$ Stunden vergeblich um Einlaß. Einige von diesen Personen riefen anfänglich leise mit den Stieleselbheiten gegen die Thüre und da dies nicht fruchtete, schrien sie mit der Zeit das Klopfen derart fort, daß die untere Thürröhre in tausend Stücken zerbrach. Nun war der Rabau im Gange. Unter lauten Hurrahrufen verschafften sich einige durch die Oeffnung Ein- und Ausgang. Bald erschien der 2. Inspektor auf der Bildfläche, ging auf den vor dem Polizeipräsidium postierten Schuttmann zu und sagte in barschem Tone: „Wenn Sie die Wäre nicht zerstreuen können, dann werde ich mich über Sie beschweren.“ Der Beamte entgegnete, daß er allein nicht interveniren könne, überdies ständen die Leute lange genug stierend vor der Thüre. Der Inspektor äußerte hierauf: „Um 6 Uhr wird die Halle geschlossen und wenn die Wäre nicht gehen will, dann schlagen Sie einfach dagwischen.“ Jetzt erschienen mehrere Schußleute und auf deren vernünftiges Jureden begab sich die Menge stierend und hungernd nach dem städtischen Obdach, nachdem die Beamten sich überzeugt hatten, daß die Inspektion der Wärmehalle an dem Rabau insoweit die Schuld trägt, da sie mindestens alle $\frac{1}{2}$ Stunde für Platz Sorge tragen soll.

Ueber einen antisemitischen Wütherich. 47 folgender Notiz durch die Presse: Der in der Friedrichstr. 147 wohnhafte Stempelfabrikant Theodor Kaiser betreibt durch Anfertigung von Stempeln und sogenannter Kaiserportemonnaies ein schwinghaftes Geschäft. Dieser Herr verbreitet Hundschreiben, in denen er sich zur Anfertigung antisemitischer Stempel empfiehlt, die wohl das Kerne enthalten, was bisher auf diesem Gebiete geleistet ist. Aus den mehr als siebenzig empfohlenen antisemitischen Stempeln seien nachfolgende hervorgehoben: „Wollt ihr den Juden erfolgreich taufen, laßt ihn im Wasser gleich erlaufen.“ — „Wollt erhalte die Juden, stelle uns aber eine Quittung über richtigen Empfang aus.“ — „Was der Jude denkt, ist einerlei. In der Kasse liegt die Schweinerei.“ — „Der Jude ist auf der Menschheit Nüden, was auf dem Hund Floh, Wang' und Nüden.“ — „Der Jude hat den Betrug nicht gelernt, er ist ihm angeboren.“ — „Doch die Juden — fünf Meter am Galgen, daß die Raben und Krähen um die Knochen sich balgen.“

Das ist eine Sprache, die wirklich nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt und zu der andere Leute, wenn ihnen die nötige Portion Geschmackslosigkeit zuzutragen wäre, sich gratuliren können, daß sie sie nicht angewandt haben. Mit der Pressefreiheit ist es wirklich nicht so arg bestellt, wie wir sozialdemokratischen Mitglieder denken.

Selbstmord eines 33jährigen Greises. Seinen Leben hat am Sonntag Nachmittag gegen 3 Uhr der in der Linienstraße 243 wohnende frühere Kaufmann Erwin freiwillig ein Ende gemacht. Der alte Mann, welcher bis auf die letzten Monate stets gesund und geistig rüthig gewesen, war in diesem Winter von rheumatischen Schmerzen befallen worden, die namentlich in der letzten Woche so stark auftraten, daß der davon Gepeinigete, welcher von seiner gleichfalls schon gebährten Tochter gepflegt wurde, zwei Mal den Versuch machte, aus dem Fenster seiner in der dritten Etage gelegenen Wohnung zu springen, woran er jedoch durch die Wachsamkeit seiner Tochter verhindert wurde. Heute sollte Herr E., der besten Pflege halber, nach dem städtischen Siechenhaus in der Prenzlauer Allee überführt werden, und dies scheint den Greis nochmal veranlaßt zu haben, den Tod zu suchen. Als seine treue Pflegerin, am gestrigen Nachmittag für wenige Augenblicke das Bett des Vaters verließ und ins Nebenzimmer ging, richtete der Greis sich auf und erhängte sich mittelst seines Taschentuches an der Thürröhre. Der Tod trat wenige Minuten darauf ein.

Das Opfer eines Raubmordes ist anscheinend ein Drehorgelspieler aus dem benachbarten Weh geworden. Man fand dessen beraubte Leiche am Sonnabend Morgen auf dem Wege zwischen Ludow und Rudow mit zertrümmertem Schädel und anderen schweren Verletzungen auf, welche auf einen Mord schließen lassen. Die polizeilichen Recherchen sind im vollen Gange.

Lebendig verbrannt sind am Sonnabend Morgen zwei Kinder. Der Schiffer Dinkler aus dem Kreise Soldin liegt mit seinem Fahrzeug hart an der S. indauer und Charlottenburger Grenze auf der Spree. An Bord hatte er außer der Ehefrau seinen achtjährigen Sohn Franz und seine vier Jahre alte Tochter Emilie. Am Sonnabend Morgen hatte sich der Vater erkrankt, um beim Eisfahren zu helfen und die Mutter holte Trinkwasser vom Lande. Als sie zurückkehrte, stand die Kajüte in Flammen. Die Feuerwehre konnte die Kinder nicht mehr retten, deren Leichen später verlohnt zum Vorschein kamen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht klar gelegt.

Es giebt doch noch einzelne Verufe, die sich nicht über Arbeitslosigkeit zu beklagen haben. Zu diesem gehört der Steuererheber. Die Zahl derselben, die in Berlin erst kürzlich um sechzig vermehrt ist, soll dem Vernehmen nach zum April um weitere sechzig vermehrt werden. Und da klage Einer noch über schlechte Zeiten.

Ueberblichungen in den Wohnungen haben gestern in zahlreichen Fällen durch das Aufstehen eingetrodener Wasserleitungen stattgefunden, welche durch Rohrbrüche hervorgerufen sind. Da derartige Fälle sich täglich während der strengen Kälte wiederholen, so machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, daß, sobald die Wasserleitung eingetroden und Aufstehungsarbeiten vorgenommen werden, der Wasserhahn aufzudrehen ist, und zwar so weit, daß eine derartige Menge Wasser hindurchgelassen werden kann, wie eine solche durch den Ausguß hindurchfließen kann. Auf diese Weise ersparen sich unsere Hausfrauen die Hilfe des Rohrlegers und es werden vor allem Rohrbrüche vermieden.

Das sorgenvolle Dasein eines reichen Mannes wird dem weltlichen Proletariat so recht augenscheinlich durch einen Selbstmord nach dem Gemüthe geführt, den vor kurzem ein im Südosten der Stadt wohnender Rentier, ehemaliger Landwirth begangen hat. Die Ursachen des Lebensüberdrußes bei dem schon bejahrten Mann haben sich nachträglich herausgestellt. Derselbe war nach Berlin gekommen, um hier von den Zinsen seines Vermögens zu leben; er fand aber bedauerlicher Weise keine Gelegenheit, einen Zinsfuß bei sicherer Kapitalanlage zu erhalten, der seinen Wünschen und, wie er meinte, seinen notwendigen Bedürfnissen entsprach. Von einigen Bekannten war ihm nun empfohlen worden, bei einer hiesigen Genossenschafts-Kasse Wechsel zu kaufen; er bekomme da einen leidlich hohen Zinsfuß und auch nach kurzen Zeiträumen immer das Kapital wieder. Der alte Herr folgte diesem Rathe und obwohl die Bank sich erbot, die von dem Rentier gekauften Wechsel für diesen am Verkaufstage präsentiren und kassiren, nöthigenfalls aber die erforderlichen Formalitäten besorgen zu lassen, lehnte der etwas misanthropische Ex-Agrarier dies ab, nahm die Wechsel mit sich nach Hause und ließ sie ruhig in seinem Schreibtisch liegen, da er von Wechselgeschäften nichts verstand. Als etwa 8 Tage nach der Fälligkeit das Geld nicht einging, ließ er wieder zur Bank, wo man ihm erklärte, daß wegen unterlassenen Protestes die Bank ihrer Verbindlichkeiten entbunden sei; als dem hierüber aufgeregten Manne von einem Rechtsanwalte das Gleiche gesagt wurde, versuchte jener Selbstmord, weil er das in den Wechsel angelegte Vermögen für verloren hielt; in Wirklichkeit ist dies aber gar nicht zu besorgen, da die Bezogenen zahlungsfähige Leute sind und sich schon längst gewundert haben, daß die Wechsel nicht zur Vorlegung gelangten. Der nothleidende Landwirth hat sich aber trotzdem vorgenommen, Wechselgeschäfte nie wieder zu machen.

Vor Hunger und Entkräftung zusammengebrochen ist vorgestern in der Demminstraße ein arbeitsloser Maurer. Arbeiter nahmen sich des Ohnmächtigen an und brachten ihn in ein Lokal, wo er sich wieder erholt.

Zwei hiesige „Auktionatoren“, die Kaufleute Kron 2. und Herbst W., die in leeren Händen gewerksmäßig unter Zuhilfenahme von sogenannten „Drecks“ Schwindelversteigerungen veranstalten, bei denen unerfahrene Käufer arg gerammt werden, sind gestern Vormittag auf Beschluß des Untersuchungsrichters wegen wiederholten Betruges in Untersuchungshaft genommen worden. Die Beschuldigten haben zur Weichnachtszeit in einem Geschäftskol der Friedrichstadt einen Handwerksmeister aus Garow bei Stettin unter Vorpiegelung falscher Thatsachen (indem sie Doubles-Goldsachen für massiv echt verkauft) um etwa 400 M. geprellt.

Die Leiche eines ansehenden den besitzenden Klassen angehörenden 60-jährigen Mannes wurde am Sonntag Morgen nahe der Rouffau-Insel im Thiergarten aufgefunden. Der Unbekannte hatte sich durch einen Schuß in die Schläfe getödtet.

Genossen und Genossinnen! Ein neues Jahr hat begonnen und ruft uns zu erneuter Thätigkeit, zu neuem Eifer für den Kampf, den wir seit einer Reihe von Jahren führen. Es ist dies der Kampf gegen die Unwissenheit, die Gleichgültigkeit und Stumpfheit; der Kampf gegen eine Gesellschaftsordnung, in der es nicht gleiches Recht giebt für Alle, sondern nur Bevorrechtete und Geschloßene. Um diesen Kampf wirklicher als bisher führen zu können, müssen alle Kräfte sich vereinigen. Zu diesem Zweck veranstaltet die Frauen-Agitationskommission am 15. d. M. in den Germania-Hallen ihre erste diesjährige Versammlung. Männer wie Frauen, namentlich aber die letzteren, machen wir ganz besonders darauf aufmerksam, da sie leider noch nicht auf der Stufe der Entwicklung stehen, die zur Förderung unserer Sache wünschenswerth wäre. Die so wichtigen Aufklärungen über unsere Rechte und unsere Pflichten sollen nun in einem Referat in jener Versammlung gegeben werden. Wir ersuchen daher Männer wie Frauen, recht zahlreich zu erscheinen und zu diesem Zwecke in ihren Kreisen lebhaft zu agitiren.

An die gesinnungsverwandten Vereine richten wir die Bitte, auf diese unsere Versammlung Rücksicht zu nehmen und möglichst keine anderen Versammlungen an diesem Tage einzuberufen.

Die Tagesordnung wird noch durch Inserat im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

Die Frauen-Agitationskommission.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Vormittags fiel ein Kaufmann, als er in der Friedrichstraße einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen besteigen wollte, rückwärts zur Erde und verletzte sich nicht unerheblich am Kopfe. — Gegen Mittag erkrankte sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Demminstraße. — An der Ecke der Jäger- und Oberwallstraße stürzte gegen Abend das Pferd eines Schlächterwagens. Der Käufer wurde dabei vom Kopf geschleudert und brach den linken Arm. — Abends fiel in der Invalidenstraße ein Arbeiter infolge von Trunkenheit vom Vorberraum eines Pferdebahnwagens und wurde durch ein Rad desselben an der Brust faß gequetscht und anscheinend auch innerlich verletzt. — Am 7. d. M. Morgens wurde im Thiergarten, bei der Rouffau-Insel, ein etwa 60-jähriger Mann mit einer Schußwunde am Kopfe todt aufgefunden. Es liegt augenscheinlich Selbstmord vor. — Am 6. und 7. d. M. wurde die Feuerweh 21 Mal alarmirt. Mit Ausnahme eines größeren Brandes handelte es sich nur um unbedeutende Feuer.

Berichts-Beilage.

Wegen Beleidigung des Reichskanzlers Grafen Caprivi wurde heute vor der I. Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage gegen den Redakteur der Wochenchrift „Die Zukunft“, Maximilian Harden, verhandelt. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Ried, die Anklagebehörde vertrat der Erste Staatsanwalt Drecher, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann. Unter Anklage gestellt sind zwei Artikel in den Nummern vom 8. Juli und 5. August. Der erste Artikel führt die Ueberschrift „Das Caprivi-Denkmal“, der zweite ist betitelt „Die Bilanz des neuen Kurses“. Der erste Artikel ist in Form der Satyre gehalten und stellt einen Vergleich zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem Nachfolger an. Nach Auffassung der Anklagebehörde verfolgte der Artikel den Zweck, die Amtsthätigkeit des Grafen Caprivi in verhöhrender Form einer beleidigenden Kritik zu unterziehen, indem dem Fürsten Bismarck ironischer Tadel, dem Grafen Caprivi aber scheinbare Lobeserhebungen dargebracht werden. Die Ereignisse der äußeren und inneren Politik der

letzteren Jahre werden scheinbar als Erfolge und Ruhmesthaten des Reichskanzlers ausgehört und dessen Anspruch auf ein Denkmal dargelegt. Die Anklage hebt u. A. folgende Stellen als beleidigend hervor: „Die Blashfrage hat mir manches Bedenken erregt; zuerst dachte ich an eine Insel mitten im Ententeich mit der Aussicht auf das Schloß und die Borse und das könnte zu ärgerlichen Mißdeutungen Anlaß geben.“ Dann heißt es: „Auf der Faust könnte er statt des wieder modern gemordenen Falken den zierlichen Kanarienvogel halten, den er, wie gefällige Zeitungen melden, so gern um sich sieht, zum Unterschieß von dem grausamen Freund wüthiger Doggen.“ Die Einzelheiten des Denkmals werden dann weiter in satyrischer Weise beschrieben. Als beleidigend wird ferner hervorgehoben, daß vorgeschlagen wird, das Denkmal „in leuchtendem Gips“ herzustellen — „als gipsernes Symbol einer mit minderwertigem Material mühsam unter Reuchen und Kneipen sich abarbeitenden Zeit.“ Der Angeklagte hatte schon früher einmal bei den Reichstagsdebatten über die Ausschmückung des Reichstagshauses mit echtem oder unechtem Material an anderer Stelle ausgeführt: „Charakteristisch läßt sich das neue Deutsche Reich nicht nur in Gips ausdrücken“ und: „was jetzt im Auge ist, kann nicht anders mehr sein, als das Gipszeitalter.“ In demselben Artikel wird der Reichskanzler, der Verfasser der Wiener Erlasse“ als „Schreiber der Urlassbriefe“ bezeichnet.

Der zweite unter Anklage gestellte Artikel, „Die Bilanz des neuen Kurses“ unterzieht die Wirtschaftspolitik und namentlich die Handelsverträge einer abfälligen Kritik. Es heißt in dem Artikel u. A.: „Heute berührt sich ein in den Anschauungen des Frontdienstes aufgewachsener Cretativbeamter seiner Interessenlosigkeit und seines Mangels an irdischer Vabe und der ganze Unterschied zwischen einst und jetzt besteht darin, daß früher gut geschult und im engen Kreise ihrer papierernen Erörterungen wühlend wohl bewanderte Bureaukraten die Geschäfte besorgten, während man nun hinter den bureaukratischen Scheuklappen die strebsamen Vögel selbstgefälliger Dilettanten und biegsamer Winstenpolitiker erkennt.“ Daß alle Spitzen dieses Artikels sich gegen den Grafen Caprivi richteten, folgerte die Anklage daraus, daß wiederholt vom „Herrn der Puber und der Göring“ gesprochen und gesagt wird, daß diesem die Politik durch die Schulfreundschaft soufflet werde. Dies soll auf die ehemalige Schulkameradschaft des Wirklichen Geheimen Regierungsraths Göring mit dem Reichskanzler Bezug gehabt haben. Ferner wird in dem Artikel gesprochen von den „Militärreden des Grafen Caprivi, die mit wenig Takt und viel Behagen einen Krieg mit Rußland in Sicht stellten“. Die Kritik über die Wirtschaftspolitik spitzt sich dahin zu: „Wenn den Aktionären eines Unternehmens eine solche Bilanz vorgelegt würde, dann würden sie sehr energisch auf die Entfernung der leitenden Männer drängen; die Bürger des Deutschen Reiches sollen aber in geduldiger Ruhe zusehen, wie die Unfähigkeit der gut besoldeten Volksdiensthöfen hilflos umhertaumelt und mühsam erparte Schätze müssig verthut.“

Wegen dieser beiden Artikel ist vom Reichskanzler der Strafantrag unter dem 30. September gestellt und dem Staatsanwalt durch Reskript des Justizministers vom 4. Oktober übersendet worden. Außerdem hat der Reichskanzler wegen des Artikels „Das Caprivi-Denkmal“ bereits am 19. Juli Strafantrag gestellt.

Der Angeklagte bestritt, sich einer Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Der Artikel richte sich nicht gegen den Reichskanzler Grafen Caprivi, gegen dessen persönliche Ehrenhaftigkeit sich absolut nichts einwenden lasse, sondern gegen die geschmacklose Verherrlichung desselben auf Kosten seines Vorgängers. Er habe vielmehr ausgesagt, daß es ja ganz selbstverständlich sei, daß Graf Caprivi vom allerbesten Willen befeelt sei, und beantragte die Verlesung eines diesbezüglichen früheren Artikels. Rechtsanwalt Friedmann fügte den Antrag auf Verlesung eines anderen Artikels hinzu, der beweisen solle, daß der Angeklagte seiner Zeit auch diejenigen, die sich an den Fürsten Bismarck herandrängten, mit bestiger Satyre bedacht habe. Erster Staatsanwalt Drecher beantragte dann ferner, die Verlesung noch eines Artikels, welcher beweisen solle, daß der Angeklagte immer und immer bestrebt sei, das Charakterbild des Grafen von Caprivi in tendenziöser Weise herabzusetzen, immer die großen Erfolge des Fürsten Bismarck hervorzuheben, und die kläglichen Mißerfolge des Grafen Caprivi gegenüberzustellen und die staatsmännliche Fähigkeit des letzteren zu bestreiten. Der Angeklagte meinte, daß nicht er, sondern die Ereignisse selbst den Grafen Caprivi in tendenziöser Oegergung zum Fürsten Bismarck bringen. — Der Gerichtshof beschloß die Verlesung der sämtlichen in Frage stehenden Artikel. — Nach der Verlesung führte Erster Staatsanwalt Drecher Folgendes aus: Die beiden inkriminirten Artikel seien beleidigend, selbst wenn diese nur die Uebertreibungen der dem Grafen liebenswürdigen Presse giseln sollten. Der Angeklagte habe die Person des Reichskanzlers in ehrenrühriger, beleidigender Weise in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen und seine Angriffe richteten sich zweifellos gegen die Presse und den Reichskanzler. Der zweite Artikel zeige ganz deutlich, daß die darin enthaltenen Beleidigungen sich nur gegen den Reichskanzler beziehen. Wenn man auch das Recht der Satyre und des Spottes anerkennen wolle, so höre dieses doch auf, wenn es lediglich eine Spottrede zum Zweck habe. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angeklagten 7 M o n a t e Gefängnis, Publikationsverbot für den Beleidigten und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann wehrte sich gegen den Gedanken, als ob nun jeder, der plötzlich in ein hohes Amt berufen werde, nun eo ipso mit diesem Augenblick auch Verstand, Takt und politische Befähigung habe. Die Aufsätze haben keinen tendenziösen, beleidigenden Charakter, vielmehr vertritt der Angeklagte die Ansicht, daß es ein nationales Unglück gewesen, daß Fürst Bismarck seinen Posten verlassen mußte. Seine andere Ansicht gehe dahin, daß man am Ende des 19. Jahrhunderts, wo die schwierigsten wirtschaftlichen, sozialen und agrarischen Fragen herandrängen, nicht einen Mann zum Leiter des Ganzen auswählen sollte, der neben seinem guten Willen nichts besitze, als seine Erfahrungen an der Spitze eines Armeekorps. Der Angeklagte hebe auf dem Standpunkte, daß eine Kritik in politischer Beziehung nicht einmal vor dem Träger der Gewalt auf dem Throne halt zu machen habe, sondern berechtigt sei, auch die Thätigkeit eines Fürsten darauf zu kontrolliren, ob sie dem Volke dienlich sei. Laß ein Träger der Politik sich in Bezug auf die Handelspolitik irren könne und dieser Irrthum dem Lande Geld koste, werde sich bis in alle Zukunft nicht vermeiden lassen und daß man eine Handlung eines hohen Beamten für „wenig taktvoll“ halte, könne unmöglich als Beleidigung verfolgt werden. Der Verteidiger sucht in Einzelnen die Anklagepunkte zu widerlegen und beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Letzterer schloß sich in längerer Ausführung diesem Antrage an. Er halte den Grafen Caprivi für einen durchaus ehrlichen Mann mit dem allerbesten Willen, aber er stehe auf dem Standpunkte, daß der Graf Caprivi als alter Soldat weder die nöthige wissenschaftliche Grundlage, noch die praktische Erfahrung, noch das Geschick besitze, das junge Deutsche Reich durch die Klippen hindurchzuführen. Wenn der Ausdruck dieser Ueberzeugung, in vornehmer literarischer Form gehalten, kraßbar sein sollte, dann müßten neun Zehntel des Volkes strafbar sein.

Der Gerichtshof beschloß, zur Verkündung des Urtheils einen Termin auf den 13. d. M., Mittags 12 Uhr, anzusetzen. Um 5 1/2 Uhr war die Verhandlung zu Ende.

Zur Auslegung des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Sind Kommissionen oder Komiteestellungen als Versammlungen im Sinne der Verordnung vom 11. März 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, anzusehen? Diese Frage ist gegen den Schneider Knoop zu Frank-

furt am Main, der angeklagt war, gegen obige Verordnung verstoßen zu haben, in höchster Instanz entschieden worden. Bevor wir das Urtheil folgen lassen, wollen wir den Fall, um den es sich handelt, kurz schildern. Schneider K., der im Jahre 1891 als Vorsitzender des damaligen sozialdemokratischen Wahlkomitees zur Wahl des Gewerbegerichts es unterlassen hatte, diese Sitzungen anzumelden, wurde wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 11. März 1850 von der Polizei mit einem Strafmandat von 30 M. becaht. K., der gegen diese Strafe bei dem zuständigen Gericht die Entscheidung beantragte, wurde auch vom Schöffengericht freigesprochen. Der Staatsanwalt, mit diesem Urtheil nicht zufrieden, legte Berufung ein. Aber auch bei der dritten Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. wurde der Angeklagte freigesprochen und das erste Urtheil bestätigt. Nunmehr beantragte der Staatsanwalt die Revision bei der Strafkammer in Berlin, die denn auch dem Ansuchen des Staatsanwalts insoweit entgegenkam, indem die Sache wegen nicht präzipier Ausführungen über einige Rechtsbegriffe nochmals an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. Aber auch bei der zweiten Verhandlung, die am 16. Juni 1893 erfolgte, wurde der Angeklagte, nachdem das Landgericht zu den angefochtenen Stellen des ersten Urtheils ganz präzipie Stellung genommen, freigesprochen. Der Herr Staatsanwalt, dem die Sache von großer prinzipieller Bedeutung zu sein schien, legte nochmals Berufung ein und beantragte zugleich die Verweisung an das Oberlandesgericht zu Wiesbaden, worauf nachstehendes Urtheil des Strafenats des königlichen Kammergerichts zu Berlin erfolgt ist.

Abschrift.
Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Schneider Friedrich Knoop zu Frankfurt a. M. wegen Uebertretung der Verordnung betreffend das Versammlungs- und Vereinigungsrecht vom 11. März 1850, hat auf die von der königl. Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der dritten Strafkammer des königl. Landgerichts zu Frankfurt a. M. vom 16. Juni 1893 eingelegte Revision der Strafenat des königl. Kammergerichts zu Berlin, in der Sitzung vom 18. Oktober 1893, an welcher theilgenommen haben (es folgen die Namen der Richter), für Recht erkannt:

Daß die Revision der königl. Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der dritten Strafkammer des königl. Landgerichts zu Frankfurt a. M. vom 16. Juni 1893 zurückzuweisen und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse aufzuerlegen sein.

Von Rechts wegen.
Gründe. Die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft, welche Verletzung des § 1 der Verordnung, betreffend das Versammlungs- und Vereinigungsrecht vom 11. März 1850, durch Nichtanwendung rügt, ist nicht begründet.

Wie in dem Revisionsurtheil vom 16. Februar 1893 ausgeführt ist, ist der Begriff einer Versammlung, im Sinne des § 1 der Verordnung vom 11. März 1850, dahin zu bestimmen, daß eine nicht zu klein an Zahl bemessene, äußerlich irgendwie vereinigte Personenmehrheit örtlich zusammentritt, die Frage jedoch, ob die Zahl der Theilnehmer eine so geringe sei, daß der Zusammenkunft aus diesem Grunde der Charakter einer Versammlung abzusprechen, sei eine thatsächliche.

Der Vorderrichter stellt nun aber in dem angefochtenen Urtheil thatsächlich fest, daß die Zahl der Theilnehmer an der fraglichen Zusammenkunft eine so geringe gewesen sei (die Zahl des Komitees bestand aus sieben Personen), daß ihr der Charakter einer Versammlung nicht beigelegt werden könne. Die thatsächliche Erzeugung, auf welcher die Entscheidung des Vorderrichters beruht, ist aber als solche nach § 376 der Straf-Prozessordnung der Nachprüfung des Revisionsgerichts entzogen.

Die Revision war demnach zurückzuweisen.
Die Entscheidung über den Kostenpunkt beruht auf §§ 490, 505 der Straf-Prozessordnung.

Nach dieser Entscheidung bedarf es der Anmeldung von Kommissionsstungen für Preußen nicht. Aus dem Verlauf dieses Prozesses ist deutlich zu ersehen, wie sehr es der Staatsanwaltschaft resp. der Polizei, die ja gewöhnlich die Triebfeder solcher Prozesse ist, darum zu thun war, ein obiges Urtheil zu erlangen, um ja bis in die kleinsten Sitzungen die Arbeiterbewegung beobachten zu können.

Soziale Ueberlicht.

Aus dem Reiche des Ministers Thielen mehrten sich die Zeichen, welche auf die Ueberzeugung andrängen, daß auch in den „Musterbetrieben“ des Staates mehr und mehr Arbeiter unserer Ideen gewonnen werden. Infolge der drakonischen Bestimmungen, durch welche bei den Arbeitern in unseren Staatsbetrieben jede freie Bewegung unterdrückt wird, nicht als Folge unserer Agitation, die in jene Kreise nur noch wenig hineinreicht, sondern vielmehr durch die eiserne Fuchtel der Verwaltung, durch die drückende Arbeitslast, die ihnen auferlegt wird, und durch die geringe Entlohnung verzweifeln immer mehr die unteren Bebaubeamten an der „Arbeiterfreundlichkeit“ unseres „sozial-reformatorischen“ Staates. Das geht wieder zur Genüge aus Mittheilungen hervor, die uns aus Aachen über die Verteilung der sogenannten Weichachts-Remuneration zugehen. Von diesen Fonds sollen, wie man im Allgemeinen erfährt, die Herren Direktoren, Bau- und Regierungsräthe die Summen von 600—1800 M. erhalten haben und sie sollen damit zufrieden gewesen sein, was in Anbetracht einer täglichen Dienstleistung von 6—8 Stunden gewiß als recht bescheiden anerkannt werden muß. Dagegen sind die unteren Beamten, wie Bahnwärter, Weichensteller, Bremser, Lokomotivführer u. s. w. nur spärlich bedacht worden; wahrscheinlich ließ man sich von der richtigen Ueberzeugung leiten, daß größere Gaben nur die Wegereiche i t der Massen wecken. Thielens, welche im Laufe des Jahres Gehaltszulage oder Unterstüzung erhalten haben, sollten zu Weichachten nichts erhalten. Dieses Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ soll sich nach oben immer mehr abgeschwächt haben. So soll zum Beispiel ein Stationsvorsteher in Aachen, trotzdem er im Besitz von 240 M. Stellenzulage sein soll, doch noch 100—150 M. Remuneration erhalten haben. Von den achtzehn dort stationirten Lokomotivführern haben aber nur sieben je 30 M. erhalten, während von den Heizern keiner etwas bekam.

Die Lokomotivführer scheinen überhaupt in recht drückenden Verhältnissen zu leben. Die Anwartschaften sind so gering, daß die Beförderungen nur ganz langsam vor sich gehen, so daß ein Lokomotivführer meist ein recht respektables Alter erreicht, ehe er ein auskömmliches Leben führen kann. Der Staat sucht solange als möglich die Beförderung in eine höhere Beamtenklasse hinauszuschieben, um Geld zu sparen. Dabei werden die Nebenverdienste, die den Lokomotivführern durch Kilometergelder, Materialprämien zustehen, mehr und mehr gekürzt. Im hiesigen Direktionsbezirk soll es nicht selten vorkommen — und wir bezweifeln, daß es sich in anderen Bezirken anders verhält —, daß Lokomotivführer im Dienste zu viel verbrauchte Schmier-Oele und Brennmaterialien bezahlen müssen. Auch über die empfindlichen Geldstrafen, welche oft bei der geringsten Unregelmäßigkeit verhängen werden, beklagen sich die Lokomotivführer. Die Arbeitszeit ist für die so verantwortungsvolle Stellung eines Lokomotivführers eine viel zu lange. Auf einzelnen Strecken soll es vorkommen, daß ein Lokomotivführer bei 30-tägiger Dienstzeit nur 5—6 Stunden Pause hat. Es ist das eine unerhörte Zumuthung an die Kraft eines Menschen. Welch' namenloses Unglück kann herbeigeführt werden, wenn der Lokomotivführer in der oben bezeichneten Weise abgearbeitet ist. Der Führer der Lokomotive, in dessen Hände hunderte, ja tausende von Menschenleben gegeben sind, sollte nicht allein einer der bestgestellten Beamten sein, sodas er durch keinerlei Nahrungsvorgen bedrückt ist, sein Einkommen dürfte er auch nicht durch „Sparen am Material“ erst erzielen müssen.

Zur Frage des städtischen Arbeitsnachweises.

(Schluß.)

III. Aufbringung der Mittel. Die Mittel für die Unterhaltung des Arbeitsnachweises und der Wärmehallen werden durch:

- a) Beiträge der Mitglieder,
- b) Einschreibegelder der Arbeitnehmer,
- c) Zuschüsse der Stadtgemeinde,
- d) Sonstige Zuwendungen.

Zu diesem Projekt bedarf es noch folgender Erläuterung: ad I. betr. Organisation. Die Realisierung des Projekts hat zur Voraussetzung die Zustimmung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis. Mit Rücksicht auf die jahrelangen Bestrebungen des Vereins, welche sich in gleicher Richtung bewegen, wird anzunehmen sein, daß das Projekt in seinen Grundzügen seitens des Vereins mit Sympathie behandelt werden wird.

Die dem Ausschuss der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehörigen Unparteiischen werden häufig die sehr schwierige Aufgabe haben, bei austauschenden Organen vermittelnd zwischen beiden Parteien zu wirken. Der Ausschuss wird die Geschäftsführung des Arbeitsnachweises fortwährend durch Delegierte aus seiner Mitte, welche etwa jede Woche abwechselnd, kontrollieren. Besonderen seitens der Arbeitgeber oder der Arbeitssuchenden, welche nicht sofort beigelegt werden können, müssen im Ausschuss zur Erledigung kommen. Ueber gewisse prinzipielle wichtige Punkte wird sich freilich der Ausschuss vorab verständigen müssen, so unter anderem namentlich über die Stellungnahme des Arbeitsnachweises bei Arbeitsstellen. Soll der Arbeitsnachweis lebensfähig bleiben, so wird er sich Arbeitsstellen gegenüber streng unparteiisch verhalten müssen, wie denn überhaupt der Grundsatz festgehalten werden muß, daß der Arbeitsnachweis sich von jeder auch nur scheinbaren Einwirkung auf Lohnläufe oder sonstige die Arbeitsbedingungen betreffenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite fern halten muß. Daß der Arbeitsnachweis bei Arbeitsstellen eine für den Gegner gefährliche Waffe ist, liegt auf der Hand. Ein Arbeitsnachweis, welcher es sich zum Prinzip machen muß, die gänzlich unparteiische Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage zu überwachen, darf bei Arbeitsstellen keine partielle Stellung einnehmen. Die Einstellung der Tätigkeit des Arbeitsnachweises für die im Auslande befindliche Branche wäre keine unparteiische Maßregel, sondern würde sich gegen die Arbeitgeber richten. Der Arbeitsnachweis muß während des Auslaufes ruhig weiter funktionieren und nach wie vor Angebot und Nachfrage entgegennehmen; wenn sich die Arbeiter der betr. Branche während des Auslaufes vom Arbeitsnachweis fernhalten, hört von selbst die Vermittlungstätigkeit auf. Es ist notwendig, daß über diesen Punkt völlige Klarheit herrscht und ein ungewöhnliches Einverständnis erzielt wird, denn sonst geht die ganze Einrichtung bei der ersten Arbeitsstellen aufeinander. Etwas Anderes wäre es, ob der Ausschuss bei drohenden Arbeitsstellen die Vermittlung zur Beilegung der Streitigkeiten versuchen wollte.

Eine zweite wichtige Frage ist die, ob und inwieweit der Arbeitsnachweis in eine Prüfung der Persönlichkeit der Arbeitssuchenden insbesondere nach der Richtung der Führung und Befähigung eintreten soll. Auch hier wird der Arbeitsnachweis die Rolle des unparteiischen Vermittlers streng bewahren müssen. Die Einschreibung in die Listen wird zunächst bedingungslos zu erfolgen haben; dagegen wird im Interesse der Arbeitssuchenden auf Beibringung der notwendigen Papiere, als Krankenkassenbuch, Quittungskarte etc. Arbeitsbuch und Beschäftigungs-Atteste, hinzuwirken sein. Im Uebrigen wird, wie das schon oben hervorgehoben wurde, auf besondere Wünsche der Arbeitgeber möglichst Rücksicht zu nehmen sein. Werden solche Wünsche nicht geäußert, so wird man, gleiche Qualifikation vorausgesetzt, bei der Auswahl unter den sich meldenden Arbeitern gewisse äußere Verhältnisse in Betracht ziehen dürfen; insbesondere werden hier die Familienverhältnisse — ob Erzhörer anderer Personen — die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Eigenschaft als Einheimischer oder Zugezogener Berücksichtigung erfahren können. Daß auch nur der Verdacht einer Bevorzugung oder Zurücksetzung wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu bestimmten Arbeitervereinigungen vollständig ausgeschlossen sein muß, bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Bei genügendem Angebot wird es empfehlenswert sein, dem Arbeitgeber mehrere Arbeiter zur Auswahl zu stellen — eine Maßregel, welche sich in langjähriger Praxis des Zentralvereins sehr gut bewährt hat.

Die Erörterung soll sich auf diese beiden Fragen, als die wichtigsten, beschränken; sie werden mit zahlreichen anderen Punkten in einem besonderen Regulativ festgelegt werden müssen. Wenn bestimmt wird, daß die dem Ausschuss angehörigen Arbeit-

geber und Arbeitnehmer durch die Gewerbegerichts-Beisitzer gewählt werden, so wird damit keineswegs eine Verbindung der beiden Einrichtungen, Gewerbegericht und Arbeitsnachweis beabsichtigt. Eine derartige organische Verbindung, wie sie das Stuttgarter Programm vorsieht, erscheint keineswegs zweckmäßig. Die Gewerbegerichts-Beisitzer sollen nur als Wahlkörper benutzt werden; sie gehen aus allgemeinen direkten Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervor, somit kann angenommen werden, daß sie das Vertrauen der Mehrheit besitzen und sie erscheinen daher ganz besonders dazu befähigt, die Vertreter für den Ausschuss auszuwählen. Für jeden Vertreter wird ein erster und zweiter Ersatzmann zu wählen sein. Kommt die Wahl nicht zu Stande oder verweigern die Gewählten die Annahme, so wird das Wahlrecht auf den Gesamtvorstand übergehen müssen.

Die Beamten des Arbeitsnachweises werden eine sehr verantwortungsvolle Stellung einnehmen; ihre Auswahl muß mit ganz besonderer Sorgfalt geschehen, insbesondere werden sie eine genügende Kenntnis der Berliner gewerblichen Verhältnisse besitzen müssen. Die Forderung in dem Antrage der Gewerbegerichts-Kommission, daß diese Beamten lediglich von den Arbeitern zu wählen sind, erscheint unbegründet. Die Auswahl wird vielmehr unter gleichem Einfluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern von dem Ausschuss zu bewirken, die Anstellung demnach durch den Gesamtvorstand zu vollziehen sein. Dagegen steht nichts im Wege, bei der Auswahl der Beamten auch die Arbeiterkreise ganz besonders zu berücksichtigen, weil sich in diesen Kreisen die gewünschte Kenntnis der gewerblichen Verhältnisse findet. So hat auch z. B. die Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt Berlin die sehr verantwortlichen Stellen ihrer Kontrollbeamten fast ausschließlich mit Arbeitern besetzt und hierbei durchaus gute Erfahrungen gemacht.

ad II. betreffend Lokalitäten. Der Zentralverein hat zur Zeit für seinen Arbeitsnachweis (für männliche Personen) zwei Stadtbahnhöfe inne. In dem einen Bogen befinden sich das Bureau, die Kantine und die Wohnung des Inspektors, der zweite Bogen bildet einen großen Wartesaal (vergl. oben) für ca. 500 Personen. Unmittelbar an diesen Wartesaal stoßen drei Stadtbahnhöfe, welche gleichfalls zu Sälen bereits ausgebaut sind und sich im Besitze des Zentralvereins befinden. Diese drei Höfe werden z. B. den Winter über (vom 15. November bis 1. April) als Wärmehallen benutzt. Es wäre nun möglich, schon vom 1. April nächsten Jahres ab diese drei Höfe für den Arbeitsnachweis zu verwenden und für die Wärmehallen andere Höfe auszubauen. Der Arbeitsnachweis würde dann über genügende Räumlichkeiten für Wartesäle und Büreaus verfügen.

Diese Einrichtung soll nur eine provisorische sein. Glückt der Versuch und bewährt sich die Einrichtung, so kann die Errichtung eines eigenen Gebäudes in Aussicht genommen werden. In einem solchen Gebäude könnte dann auch eine Arbeiterherberge und eine größere Arbeiter-Speiseanstalt untergebracht werden. Besonders der Speiseanstalt wäre ein Einvernehmen mit der Volks-Kasse- und Speisehallen-Gesellschaft, welche bereits in eigenen Gebäuden mehrere Speise-Anstalten mit großem Erfolge eingerichtet hat, zu erzielen.

ad III. betr. Aufbringung der Mittel.

a) Beiträge der Mitglieder. Der Zentralverein zählt gegenwärtig circa 600 Mitglieder. Die jährlichen Einnahmen aus den Beiträgen belaufen sich auf circa 4000 Mark, bei einem Mindestbeitrag von 4 Mark. Falls die Arbeitsnachweis-Einrichtung die geplante Ausdehnung gewinnt, so dürfte es nicht schwer sein, eine bedeutend höhere Mitgliederzahl zu erzielen. In erster Linie würden hier die Arbeitgeber in Betracht kommen, welchen statutenmäßig die Mitgliedschaft das Recht zur unentgeltlichen Benutzung des Arbeitsnachweises gewährt. Es würde natürlich nichts im Wege stehen, den Arbeitern dasselbe Recht unter denselben Bedingungen zu gewähren.

b. Einschreibegelder der Arbeitnehmer. Die Erhebung einer möglichen Einschreibegeld ist durchaus zu empfehlen. Der Zentralverein erhebt gegenwärtig eine solche Gebühr in Höhe von 20 Pf. Gegen Zahlung derselben erhält der Arbeitssuchende einen Legitimationschein, welcher ihm zum Eintritt in den Wartesaal und zur Benutzung sämtlicher Nebeneinrichtungen berechtigt. Der Schein hat 3 Monate Gültigkeit. Es kann füglich nicht davon die Rede sein, daß eine solche mögliche Gebühr für den Arbeiter drückend ist; auf der anderen Seite kann die Erhebung der Gebühr auf den Arbeiter moralisch nur günstig wirken, da auf diese Weise ein Verhältnis von Leistung und Gegenleistung hergestellt wird, daß den Anschein der Wohlthätigkeitsleistung ausschließt. Die Arbeiter tragen durch die Gebühr bedeutend zur Unterhaltung des Instituts bei, ohne daß der Einzelne übermäßig belastet ist. Daß in besonderen Fällen gänzlich Unbemittelten, durch Stundung der Gebühr geholfen werden kann, erscheint selbstverständlich. Der Zentralverein drängte in den langen Jahren seines Bestehens nur selten dieses Benefizium zu gewähren. Die jährlichen Gebühren-Einnahmen des Zentralvereins betragen rund 2500 M. Eine wesentliche Steigerung

dieser Einnahme wird die selbstverständliche Folge der stärkeren Frequenz sein.

c) Zuschüsse der Stadtgemeinde. Der Zuschuß der Stadtgemeinde zu der Arbeitsnachweis-Einrichtung beträgt zur Zeit jährlich 3000 M. Dieser Zuschuß müßte erheblich erhöht werden, insbesondere für das nächste Jahr, in welchem event. die Kosten für die Erweiterung der Lokalitäten fallen. Es würde genügen, wenn im Etat, abgesehen von der bisherigen Subvention, welche unbedingt zur Auszahlung gelangt, die Summe von 20 000 M. bereit gestellt würde, welche nach Bedürfnis dem Verein zur Verfügung zu stellen wäre.

d) Sonstige Zuwendungen. Schon gegenwärtig erhält der Zentralverein von den Kleinsten der Kaufmannschaft eine Subvention. Ebenso hat wiederholt der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen einen Zuschuß gewährt. Für die projektirte erweiterte Einrichtung können Zuwendungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden in Betracht. Die Verbände, welche durch Aufgeben ihrer Arbeitsnachweis-Einrichtung und Anschluß an den Zentral-Arbeitsnachweis wesentliche Ersparnisse machen, dürften wohl geneigt sein, einen Theil dieser Ersparnisse der neuen Einrichtung zuzuwenden.

Ob es gelingen wird, das vorstehend entwickelte Projekt zu verwirklichen, steht dahin. Es wird alles von dem guten Willen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite abhängen. Man wird mit den einzelnen Gewerben bzw. den etwa vorhandenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden über den Anschluß an den Zentral-Arbeitsnachweis verhandeln und hierbei besonderen Wünschen für das betreffende Gewerbe möglichst entgegenkommen müssen. Daß es zur vollen Verwirklichung des Projekts selbst bei günstiger Entwicklung viele Jahre brauchen wird, erscheint selbstverständlich. Es ist zu hoffen, daß selbst anfänglich widerstrebende Elemente bei guter Ausgestaltung und Funktionierung der neuen Einrichtung mit der Zeit zum Anschlusse an dieselbe gelangen werden.

Wäre dann das Berliner Beispiel im Reich nachahmungswürdig, so würde der Zentralverein in dieser Richtung hin thätig gewesen und wird diese Bestrebungen eifrig verfolgen müssen. Nur wenn sich über das ganze Reich ein einheitlich organisirten Arbeitsnachweises ausspannt, welche sich zu einem Verbände zusammenschließen, wird es möglich sein, die Arbeitsnachweisfrage zur Lösung zu bringen.

Demgemäß beantrage ich:

- a) unter Ablehnung der vorliegenden Anträge auf Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises den Antragsteller anheimzugeben, sich mit dem Zentralverein für Arbeitsnachweis über die Einrichtung eines Zentral-Arbeitsnachweises in Verbindung zu setzen und hierbei gleichzeitig seine Bereitwilligkeit zur finanziellen Unterstützung des Unternehmens auszusprechen,
 - b) dem Zentralverein für Arbeitsnachweis von dem Bescheide an die Antragsteller Kenntnis zu geben und den Verein gleichzeitig zu ermahnen, das geplante Unternehmen nach Möglichkeit zu fördern, unter Zusage einer Beihilfe bis zum Betrage von 20 000 M.,
 - c) in dem Etat pro 1894/95 einen weiteren Zuschuß an den Zentralverein für Arbeitsnachweis in Höhe von 20 000 M. in Bereitschaft zu stellen.
- Berlin, den 18. Dezember 1893.

Dr. Freund.

Soziale Uebersicht.

Wie die Arbeiter sein müssen, um sich die Anerkennung seitens der Unternehmer und ihrer Helfershelfer zu verdienen, beschreibt ein Einfelder, wahrscheinlich ein Geistlicher, des „Eichthal-Vote“, einem obituarischen Törlingens. Der Wiedere erzählt dort, daß die Gebirgsbewohner Thüringens in den Gegenden der Spielwaren-Industrie die fleißigsten und zugleich anspruchseltesten Menschen seien. Bei ihrer Arbeit legt sie die ganze Familie ins Zeug, sie bringen es aber nur zu einer Gesamtjahres-einnahme von 300, höchstens 500 M. „Ist es auch ein kärgliches Brot“, sagt dieser fromme Pharisäer, „das ihnen beschied ist, so sind sie doch, wie alle „gebirgigen Leute“, immer glücklich und zufrieden und verlieren die gute Laune nie. Von Brot im wörtlichen Sinne ist bei ihnen nicht viel die Rede. Ihre Hauptnahrung besteht in Kartoffeln, die schon am Morgen mit Eichorienkaffee und Salz, selten mit Leinöl oder gar mit Butter, auf dem Tische als erstes Frühstück dampfen und zum Mittag- und Abendbrot wieder.“ Trotzdem sind sie keine Sozialdemokraten, meint dieser pfiffige Kenner der Menschenseelen, der sich hüten wird, auch nur die Wachen lang Morgens, Mittags und Abends Kartoffeln mit Eichorienbrühe zu speisen. So sehen also die Beberwaffen — die armen

und auch die Bourgeoisstöcher, welche der Walburg nachzueifern, wird man mit der Laterne suchen müssen.

Die Aufführung war eine hervorragende, ganz vorzügliche Leistung. Oskar Höcker hat im Großhändler Tälde eine außerordentlich lebenswahre, stets fesselnde und im letzten Akte rührende Gestalt. Gustav Kober gab den Advokaten Berent mit vollendetem Meistertum. Von den übrigen Darstellern wurden Heinrich Prechtler als treubereitiger Prokurist Sannas und Frida Wagen als die reizende, kleine Signe durch besonderen Beifall ausgezeichnet.

Central-Theater. Ein toller Einfall. Schwank in vier Akten von Karl Kauf. Ein toller Einfall ist es in der That, den Birnstiel, der Wächter des Corps Guffa hat, indem er Ernst Lüders, einem Studenten der Medizin, den „tolle“ Rath giebt, die Zimmer seines Onkels, der auf lange Zeit verreist ist, einzeln zu vermieten. Infolge dessen entsteht dann ein wirres Durcheinander, über das man aber doch die Hauptpersonen nicht aus den Augen verliert. Eine Menge der köstlichsten Szenen, der komischen Vorfälle und der lustigsten Situationen erhalten das Zwerchfell der Zuschauer in dauernder Erschütterung. Kurzum, es ist ein Stück voll köstlichen Humors und mit reicher Hand ausgebreiteten Witzes. Es wurde denn auch während des ganzen Spieles viel und herzlich gelacht, wozon auch wir uns keineswegs ausgeschlossen haben. Auf eine nähere Kritik dürfen wir verzichten, da der Schwank schon eine große Anzahl von Aufführungen im Wallner-Theater erlebt hat und wir somit auf unsere damaligen Ausführungen verweisen können. Nur soviel wollen wir noch bemerken, daß sich ein „Toller Einfall“ der Pöffe, die jetzt im Adolph-Gruss-Theater so oft aufgeführt worden ist, „Charley's Lante“, würdig zur Seite stellt. Gespielt wurde durchweg vorzüglich, besonders haben wir Richard Schulz (Ernst Lüders) hervor. Die Lachlust des Publikums erregten vornehmlich Edmund Schamnow (Birnstiel), Georg Weislich (Waldthausen), Fritz Selmerding (Adalbert Wender) und Johanna Walter-Trost (Veronica Wender). Wir glauben fest, daß der Schwank unter so tüchtiger Leitung, wie der des Direktors Schulz, eine große Zugkraft ausüben wird.

Theater.

Freie Volksschule. Die „Freie Volksschule“ hat mit dem vieraktigen Schauspiel „Ein Fallissement“ von Björnsterne Björnson, das am Sonntag Nachmittag im „Leistungstheater“ zur Aufführung gelangte, ihrem Spielplan eine Darbietung eingefügt, die gewiß viele ungern darin vermist hätten. Neben Tälde, von dem die Freie Volksschule bereits mehrere Stücke gebracht hat, gehörte Björnson, von dem wir noch nicht wußten, daß er auf dieser Bühne ebenfalls noch öfter zu Worte kommt.

„Ein Fallissement“ spielt in einer kleinen norwegischen Stadt in einer Gesellschaft, der die meisten Mitglieder der „Freien Volksschule“ sehr fern stehen. Der Autor betrachtet diese Gesellschaftscharakter in seinem Schauspiel auch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus, als es die Arbeiterklasse thut. Daß hat doch nicht gehindert, daß das Schauspiel einen starken Eindruck auf die „Freie Volksschule“ gemacht und für die Hauptfiguren, den bankrottierenden Großhändler Tälde und seine Familie lebhafteste Theilnahme erweckt hat. Das war natürlich zu erwarten und eigentlich selbstverständlich. Aber es fällt und nur deshalb auf, und wir haben es auch nur aus dem Grunde besonders hervor, weil gewisse Kreise der bürgerlichen Klasse sich von der „Freien Volksschule“ die Vorstellung gebildet haben, daß dort nur mit Beifall aufgenommen wird, was in die „sozialdemokratische Parteschablone“ hineinpaßt. Die Befürchtung, daß die Leitung der „Freien Volksschule“ durch vermeintliche „Einsichtigkeit“ des Spielplans die Mitglieder „verblenden“ und ihnen schließlich die Fähigkeit, ein Kunstwerk noch als Kunstwerk zu genießen, vollständig rauben werde, wartet immer noch auf ihre Erfüllung. Die Aufführung des „Fallissement“ war uns wieder einmal ein Beweis, daß vorläufig das gerade Gegenheil der Fall ist. Die heiligtliche Aufnahme der beiden ersten Akte, die auf ein nur stofflich genügendes Publikum ziemlich wenig wirken konnten, war in dieser Beziehung recht lehrreich. An ihnen konnte geprüft werden, was die „Freie Volksschule“ in ihrem unermüdeten und durch die Verurtheilungen der Feinde und Reider unbehindertem Streben

die besten Darbietungen dramatischer Kunst dem arbeitenden Volke zu vermitteln und zum Verständniß zu bringen, bereits erreicht hat.

Das „Fallissement“ behandelt den Bankrott des Großhändlers Tälde. Drei Jahre hat der als reich geltende und darum in der kleinen Stadt allgemein geachtete Mann gegen den Ruin seines weitverzweigten Geschäfts angepöckelt. Ein letzter Versuch, das Ausherk zu abwenden und seinen Kredit auf neue zu sichern, mißlingt. Infolge der geschickten Schachzüge des Advokaten Berent, der die Interessen der Gläubiger vertritt und lang zu mahnen weiß, sieht sich Tälde gezwungen, sich noch bei Zeiten zahlungsunfähig zu erklären. Man nimmt ihm alles, was er vorher sein eigen nannte. Aber sein Prokurist Sannas hilft ihm mit seinen verschiedenen Ersparnissen eine neue Existenz gründen und wird zu guterletzt noch sein Schwiegersohn, um dann eine dauernde Stütze des alten Mannes zu werden.

Mit dem Tage, wo Tälde vom Großkapitalisten und Spekulant zum selbst arbeitenden Kleinrentner herabsinkt, hat er auch ein neues inneres Leben begonnen. Der Kampf gegen seinen wirtschaftlichen Ruin hat ihn von seiner Familie, selbst von seiner treuen Frau innerlich losgerissen, hat ihn zum Egoisten, zum Betrüger und zuletzt beinahe zum Verbrecher gemacht. Als er sich trotzdem jeden Ausweg verlegt sieht, bricht er kraftlos zusammen. Aber er geht gelautert aus dem Sturz seines Hauses hervor. Der Advokat, der ihn niedergeworfen hat, hebt ihn auch wieder empor. Er steht ihm mit seinem Rath, wie Sannas mit der That, zur Seite, als es gilt, ein neues kleineres Geschäft auf ehrlicherer Grundlage zu begründen und so weit emporzubringen, daß es nicht nur die Familie ernährt, sondern auch noch Ueberschuß genug abwirft, um die durch den Konkurs geschädigten Gläubiger befriedigen zu können. Und für die Familie, vor allem für die Tochter Signe und Walburg ist der Sturz von der Höhe des Reichthums und Wohllebens herab gleichfalls ein Anlaß zu einer Läuterung. Sie lernen jetzt die werthvolle Kraft der Arbeit kennen, wie sie vorher die ersitzliche Kraft des Wohlstandes erfahren haben.

Veider sind der bankrott gewordenen Kapitalisten, die dem gealterten Tälde nachzueifern, im Leben nur wenige zu finden.

Tausel mögen uns den Ausdruck verzeihen — aus, die von unsrer herrschenden Sippe so sehr belohigt werden, weil sie menschliche Bedürfnisse so gut wie gar nicht kennen. Ganz anders, so jammert der Erzpöbel weiter, sieht es in unsern Städten aus, da reicht der Verdienst den Arbeitern nimmer aus. Und nun folgt ein langes Verdamnis der Vergnügungssucht der Arbeiter. Der Schreiber endigt schließlich seinen Artikel mit einer Entschuldigung seiner Unfähigkeit, indem er schreibt: „Man sagt, unsere Geisteskräfte seien vollstrem und verstanden nicht, das Herz des Volkes zu rühren. Wenn selbst Engel vom Himmel kämen und predigten eindringlich das Evangelium, sie würden trotzdem diesen bösen Geist nicht bannen können.“ Mit diesem „bösen Geist“ ist der Geist der fortschreitenden Auflärung gemeint und daß dieser durch die Pfaffen nicht mehr aufzuhalten ist, das glauben auch wir. Dieses Eingeständnis seiner Ohnmacht ist das einzig Richtige, was der Stribent in seinem Artikel angeführt.

Zum Rückgang der Sozialdemokratie. Mit der Bilanz der sozialdemokratischen Partei beschäftigt sich die gesammte bürgerliche Presse. Sie kommt zu folgendem Ergebnis: „Bei der Reichstagswahl hat die Partei ihre Stimmengahl um 350 000 vermehrt, ihre Mandate um 9, sie ist zum ersten Male im vorigen Jahre in den bayerischen Landtag eingezogen, hat nennenswerthe Erfolge (Vermehrung der Mandate) bei den Ergänzungswahlen im Königreich Sachsen gehabt, schneit immerhin nicht schlecht ab bei denjenigen in den Großherzogthümern Baden und Hessen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Berlin errang sie nicht unbedeutende Erfolge (Vermehrung der Mandate um drei), zog zum ersten Male ein in die Stadtverordnetenversammlung von München, Charlottenburg, ihre Stimmengahl bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig vermehrte sich nicht ganz unbedeutend; in Halle kam sie zum ersten Mal in die Stichwahl, in der sie freilich unterlag; nur in Bremen erlitt sie eine Niederlage. Nach sozialdemokratischer Rechnung hat sie in vorigem Jahre in 80—90 kleineren Kommunen ihren Einzug gehalten. Ihr Siegeslauf bei den Gewerbegerichtswahlen dauert fort; es giebt eine ganze Anzahl Gewerbegerichte, die rein sozialdemokratisch zusammengesetzt sind (München u. s. w.). Prüft man objektiv diese Bilanz, so kann man doch von einem Rückgang der Sozialdemokratie nicht reden.“ Stimmt.

Einen ungeheizten Viehwagen — als geeignetes Transportmittel für einen Schwerkranken, das ist das Reuße auf sozialreformatorischem Gebiete. In Nidda (Hessen) war ein Tischlergeselle an Diphtheritis schwer erkrankt. Ein Krankenhaus ist am Orte nicht vorhanden, der verfügbare Platz wird notwendiger Weise gebraucht zu Kirchen u. c. und daß Geld für solche unnütze Dinge, wie Krankenhäuser, in Deutschland nicht so leicht vergendet wird, ist für einen Militärschrank nicht mehr denn Recht. Der betreffende Kranke mußte denn nach Gießen gebracht werden, um in der Klinik Aufnahme zu finden. Auf die Anfrage betreffs der Beförderung stellte die Direktion der Oberhessischen Eisenbahn — einen ungeheizten Viehwagen zur Verfügung! Mittags um 1 Uhr am 18. November ging der Hauswirth, einen Stuhl auf dem Rücken (!) und den Kranken zur Seite, zum Bahnhof. In den Warteraum durften sie nicht hinein; so blieben sie im Freien, bis der kalte Viehwagen sie den neugierigen Blicken der Anwesenden entzog. Für diese herrliche Fahrt berechnete die Bahn 17,40 M. und noch weitere 10 M. für die Desinfektion; mit dem Wilet zur Rückfahrt des Begleiters betrug aber der Bahntransport allein 28 M. und 80 Pf. Das hat nun allerdings die Orts-Krankenkasse zu tragen. Aber die menschenunwürdige, aller Kultur hohnsprechende Quälerei einer solchen Verschickung hatte der Kranke zu tragen. Daß der fast dreistündige Aufenthalt im Freien seine Krankheit bedeutend verschlimmern und sein Leben gefährden mußte, ist selbstverständlich. Aber was gilt denn Leid und Leben eines armen Tischlergesellen in der heutigen Gesellschaft!

Auswähle des Submissionswesens. Für die Arbeiten eines Brückenbauers über die Nidda bei Bonames stand bei der Landesdirektion in Wiesbaden am 15. Dezember v. J. Submissionstermin an. Es waren Offerten von verschiedenen Firmen in Frankfurt, Darmstadt und Krefeld eingelaufen, die zwischen 82 415 M. und 147 242 M. schwankten. Der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot betrug also 64 827 M. Gesezt nun den Fall, der Mindestfordernde erhält den Zuschlag, wie mag es dann mit den die Arbeit ausführenden Arbeitern stehen. Der Unternehmer wird den Ausfall an Verdienst keineswegs decken wollen, am Material wird, da ja bekanntlich „gestückte Schienen“ überall mit unterlaufen, wohl ein Theil gespart, der größte Theil jedoch muß aus den Arbeitern herausgeschunden werden. Aus ihrem Zell werden die Profitraten geschnitten. Lohnbrüderrei und lange Arbeitszeit sind die Mittel hierzu. Für die Arbeiter muß das Lösungswort heißen: Fort mit dem Submissionswesen, und der Staat und die Kommune als Arbeitgeber haben am ehesten die Pflicht, von diesem Modus der Auftragsvertheilung Abstand zu nehmen.

Welche Zunahme die Verwendung der Dampfmaschinen in Sachsen gefunden hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen. Es fanden sich bei den amtlichen Erhebungen in unserem Lande folgende Dampfmaschinen 1846: 196, 1856: 550, 1861: 1003, 1878: 4548, 1885: 6244, 1891: 8078. Von den amtshauptmannschaftlichen Bezirken wies Anfang 1891 Zwickau die meisten (1211) und Dippoldiswalde die wenigsten (41) feststehenden Dampfmaschinen auf. Unter den Städten des Landes befaß Chemnitz die meisten, nämlich 450 Dampfmaschinen. Trotz der außerordentlich großen Zunahme in der Verwendung der Dampfkraft ist doch der Bedarf der Menschenkraft fortwährend im Wachsen geblieben und die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat sich dementsprechend vermehrt, während man früher von der Vermehrung der Maschinen eine Verminderung der Arbeiterzahl befürchtete.

Die Kosten des Kriegszustandes, der gegenwärtig auf zollpolitischem Gebiete zwischen Rußland und Deutschland ausgefochten wird, bezahlt natürlich das Volk. In einem Beispiel, das noch zu Tausenden zu erbringen wäre, sei dies nachgewiesen. Bremerhaven war bisher Stapelplatz für die russischen Baumwollimportierte in Rußland; 120 000 Ballen kamen in jeder Saison dort an. Diese Zufuhr fällt also dies Jahr aus, d. h. es kommen in diesem Winter etwa 20 Dampfer weniger an. Das bedeutet einen großen Ausfall an Steuern für den Staat und an Verdienst für die betheiligten Geschäftleute und Arbeiter. Für die Letzteren namentlich macht sich der Ausfall umfomehr fühlbar, als die Arbeitslosigkeit im Winter schon so eine große ist.

Ein neuer Trußt wird aus Amerika signalisirt, und zwar für Seilereiwaren. Die Gesellschaft, welche in der Bildung begriffen ist, repräsentirt ein Kapital von 5 Millionen Dollar.

Versammlungen.

Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie das Komtoir-Personal und die Direktion der deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft (Mollenmarkt 5) waren am Sonntag, den 7. d. M., Vormittags zu einer öffentlichen Versammlung nach den „Armin-Pallen“ eingeladen, in der Uhrmacher Mät her über Kapitalienkommen und Arbeitslöhne“ der genannten Gesellschaft referirte. Um diese Versammlung zu vereiteln, hatte die Direktion es für gut befunden, um dieselbe Zeit ebenfalls eine Versammlung ihrer sämmtlichen Angestellten in den Fabrikräumen abzuhalten, wo ihnen der Plan zur Errichtung einer Betriebs-Krankenkasse unterbreitet wurde. Artzeitlich hatte der Einberufer der öffentlichen Versammlung Mitteilung erhalten, diese Versammlung ab- und eine

neue für Nachmittag 8 Uhr in denselben Räumen angemeldet. Die betreffende Versammlung war gut besucht. Mät her nahm einleitend seines Vortrages Gelegenheit, die Machinationen der Direktion sowohl, als auch das Verhalten des Komtoirpersonals in der letzten Versammlung gehörig zu kennzeichnen. Erfreulich sei es, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen so unerwartet zahlreich eingefunden hätten und ein Beweis dafür, daß sie willens sind, geeignete Schritte zur Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Redner erwähnt auch einen Zwischenfall, der recht bezeichnend für unsere heutigen Zustände ist. Als der Einberufer die Versammlung anmelden wollte, welche am Vormittag tagen sollte, wurde ihm auf dem Polizeipräsidium erklärt: sie werde ihm nicht beschneitigt, da um dieselbe Zeit die von der Direktion einberufene Versammlung der Gasglühlicht-Arbeiter stattfände. Ein Kommentar hierzu sei wohl überflüssig. Uebrigens habe sich diese Fürsorge als verfehlt erwiesen, da der Einberufer sofort den in diesem Falle recht demüthigten Ausweg fand und die Versammlung für den Nachmittag beschneitigt verlangte. (Bravo.) Der Referent reproduzirte hierauf alle die in der Versammlung am 17. Dezember (Bericht in Nr. 208 des „Vorwärts“) gemachten Ausführungen betreffs der überlangen, unregelmäßigen Arbeitszeit, der elenden Löhne, der rigorosen Arbeitsordnung, der mit den geringen Löhnen in gar keinem vernünftigen Verhältnis stehenden Strafen u. s. w., die bekanntlich in der betreffenden Versammlung von dem Vertreter der Gesellschaft, dem Ingenieur Herrn Tsch, nicht bestritten werden konnten. Einzelnen Arbeitern, die wie es leider häufig auch anderwärts noch geschieht, so auch bei dieser Gesellschaft sich durch Liebedienerei und Denunziation ihrer Arbeitsbrüder dauernde Stellung zu erringen suchten, führte der Vortragende das Verwerfliche ihrer Handlungsweise drastisch vor Augen. Der Redner gab dann in kurzen Zügen ein Bild unserer heutigen verkehrten Wirtschaftssystems und richtete zum Schluss einen energischen Appell an die Versammlung, sich zu organisiren, um bei guter Konjunktur dem Kapital gegenüber gerüstet darzustehen. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion nahm zunächst Monteur Giese das Wort. Direktor Krüger habe in der Vormittags-Versammlung seine Verwunderung ausgesprochen, daß seine Arbeiter so wenig Zutragen zu ihm haben und ihre Beschwerden nicht bei ihm anbrächten. Er (Redner) könne aber konstatiren, daß sich Herr Krüger dieses direkt verleben habe und die Wahl einer Delegation von 4 Personen wünschle, welche alle Beschwerden entgegennehmen und ihm unterbreiten sollte. Zu diesem Amt habe sich aber kein Arbeiter, da jeder die zarten Umgangsformen des Direktors kennt, hergeben wollen. Als Beispiel führte er an, Krüger habe drei junge Leute in Strafe genommen, weil sie ihm den schuldigen Respekt verweigerten, indem sie bei seinem Hingang durch die Arbeitsräume während der Vesperpause stehen blieben. Strafen gebe es für alle nur mögliche Verbrechen. Einem Burschen, dem unter der Hand die Hälfte eines Glühkörpers im Werthe von 90 Pf. zerbrach, wurden 3 M. dafür abgezogen und er entlassen. Ein Bursche hatte in der Wärmehalle auf dem Fußboden Linte verschüttet und wurde „wegen Sachbeschädigung“ entlassen. Ein anderer Bursche hatte ebendort Wasser verschüttet und konnte seine ebenfalls ausgesprochene Entlassung nur durch inständigste Bitten und dem seierlichen Gelöbniß, sich bessern zu wollen, abwenden. Ein Monteur, der sich mit dem Tiener eines Kunden aus irgend einem Grunde angeant hatte, mußte, ohne sich vertheidigen zu können, 5 M. Strafe zahlen. Als Anklam theilte er noch mit, daß zur Ueberwachung respektive Kontrolle der Monteurs und Burschen junge Leute mit 9 Mark Wochenlohn aber mit dem Charakter als „Beante“ angestellt seien und daß thatsächlich ein Monteur „wegen Verletzung eines Beante“ entlassen worden sei, weil er einem dieser jungen Burschen auf eine schandliche Bemerkung hin eine Ohrfeige in Aussicht stellte. (Stürmische Heiterkeit.) Weiter führte Giese noch an, daß ebenso wenig, wie es einen Nachweis über den Verbleib der zahlreichen Strafgelehrer gebe, es die Direktion auch nicht für nöthig gehalten habe, über einen von ihr arrangirten Maskenball und eine Dampfparthie eine Abrechnung zu geben, obgleich jeder Theilnehler seine Billets sehr theuer bezahlen mußte. (Zuruf: Sehr richtig!) Nach seiner Meinung müssen namhafte Ueberhörsche erzielt werden sein. Ferner haben die Aktionäre der Gesellschaft 8000 M. für Weihnachtsgewinnifikation an ihre Arbeiter ausgeworfen, dieselben haben jedoch davon nichts gesehen, es müßte denn sein, daß die Bezahlung der zwei Feiertage als solche gelten solle, die sie aber durch Ueberanstrengung in den übrigen Tagen dieser Woche sich ehrlich verdient hätten. (Zukunmung.) Im Uebrigen verwarnte er sich gegen die Unterstellungen des Ingenieurs Tsch in der vorigen Versammlung. (Beifall.) Die Monteur Mabis, Schiering, Lugendreich und weitere Redner pflichteten Giese's Ausführungen bei und ermahnten ihre Kollegen zum Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Pappe bemerkte, daß seit der vorigen Versammlung keine Lohn-erhöhungen und einige anerkannterwerthe Aenderungen in der Behandlung seitens des Komtoir-Personals eingetreten seien. Jedoch sprach er sich mißbilligend über die Errichtung einer Betriebs-Krankenkasse aus. Die Beschlußfassung habe in der Vormittags-Versammlung stattgefunden, noch ehe der größere Theil der Arbeiter zur Stelle war. (Zusimmung.) Frau Drews ermahnte die männlichen Kollegen, sich die Aufklärung der Arbeiterinnen recht angelegen sein zu lassen, und forderte letztere zum Beitritt in den Verein gewerblicher Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf. Vom Komtoirpersonal meldete sich Niemand zum Wort. In seinem Schlusswort erläuterte Mät her nochmals den Zweck der Organisation und die Vortheile, welche den Arbeitern beiderlei Geschlechts aus ihrer Zugehörigkeit zu derselben erwachsen. Zum Schluss gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gas-Glühlicht-Aktiengesellschaft erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich erliere, dem Berliner Metallarbeiter-Verband und letztere dem Verein gewerblicher Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sich anzuschließen.

St der Streik der Tagelöhner-Troschkenkutscher gerechtigt und wie stellt sich die Berliner Arbeiterschaft zu demselben? lautet die Tagesordnung der von der Agitationskommission der Troschkenkutscher zum 7. d. M. nach den Konfordia-Sälen einberufenen öffentlichen Versammlung für Arbeiter und Troschkenkutscher. Herr W. Schütte veranschaulichte in erschöpfender Weise die einschlägigen Verhältnisse im Tagelöhner-Troschkenkutscher-Gewerbe und die Ursachen, welche zum Ausbruche der Tagelöhner-Troschkenkutscher geführt haben. Er hob hervor, daß der Kampf den armen der armen Proletarier von den Kapitalisten aufgezwungen worden sei und sprach die Hoffnung aus, daß die von den Kutschern begabten Erwartungen, daß die Berliner Arbeiterschaft sie in ihrem Kampfe unterstützen werde, nicht getäuscht werden würden. (Beifall.) In der Diskussion nahmen viele Troschkenkutscher und „Einspänner“ das Wort und sprachen sich alle für Weiterführung des Ausstandes und energischer Durchführung desselben bis zum endgültigen Siege aus, wenn auch die Fahrherren alles daran setzten, um den Erfolg auf ihre Seite zu bringen. Auch wurde sowohl vom Referenten wie von vielen Diskussionstheilnehmern betont, daß die Kutscher und Kleinrentner am besten ihre Interessen wahren, wenn sie mit der sozialistischen Arbeiterschaft sich solidarisch erklären. Schütte seinerseits bedauerte, daß der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission in der Versammlung inwertreten sei und fertigte das Sprachrohr der Tagelöhner-Gesellschaft, den „Führer“, wegen dessen Auffassungen über den Ausstand in gebührender Weise ab. Zimmerer Obst sprach seine vollste Sympathie mit der Bewegung der Troschkenkutscher aus, ermahnte dieselben zum festen Zusammenhalten und sich Hor zu werden darüber, daß sie Hand in Hand mit der übrigen Arbeiterschaft zu gehen

haben und zweifelte nicht, daß die Berliner Arbeiterschaft ihr Solidaritätsgefühl durch entsprechende Unterstützung beweisen werde. Die Ausführungen des Redners wurden mit Jubel aufgenommen. Tischler Weiling äußerte sich in demselben Sinne wie Obst und sagte ebenfalls Unterstützung der Kutscher in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus zu. Die Situation ist nach dem Berichte der Agitationskommission eine unverändert günstige. Auf Wunsch vieler Kutscher, welche bei Tage zu fahren gezwungen sind, wird an einem der nächsten Abende eine öffentliche Versammlung stattfinden, zu welcher die Berliner Arbeiterschaft wiederum eingeladen ist. Nähere Bekanntgabe erfolgt durch den „Vorwärts“. Nach einem zündenden Schlusssatz des Referenten wurde bekannt gegeben, daß von Montag Mittag ab die Unterstützungen gezahlt werden und daß die Hamburger Kollegen 100 M. zum Streikfonds gezahlt haben. Mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung schloß die von etwa 800 Personen besuchte Versammlung.

Der Verband der Geschäftsdienner, Packer und Berufs-genossen hielt am 3. Januar eine Generalversammlung ab. Zunächst theilte der Vorsitzende mit, daß am 18. Januar in den Konfordia-Sälen der erste diesjährige Maskenball, am 6. Februar der erste gesellige Abend stattfinden. Den Jahresbericht gab der Kassirer Kollege Grauer. Darnach betrug die Einnahme 11 905,54 M. und die gesammte Ausgabe 9037,90 M.; bleibt mithin ein Ueberschuss von 2867,64 M. An Unterstützungen wurden gezahlt 2075,05 M., 600 M. mehr als im vergangenen Jahr. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten Monaten bedeutend vermehrt, so daß ein Wachsen des Verbandes zu verzeichnen ist. Der Bericht des Arbeitsnachweises ergiebt folgendes: Gemeldet waren 478 Stellen; besetzt wurden 304 Stellen; zur Anshilfe 24 Stellen. Bei Besetzung der Stellen sind 16 mit Kost und Wohnung vergeben; bei diesen betrug der Durchschnittslohn 16—28 M., bei den Uebrigen 17,10 M. pro Woche. Der Lohn beträgt im Durchschnitt 15—24 M. 11 Kollegen haben nur vollstündige Sonntagsruhe, während die anderen am Sonntag 3—7 Stunden arbeiten müssen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10—17 Stunden, im Durchschnitt 13 1/4 Stunden. Bei einigen wurde bemerkt, daß es Weihnacht und Kolligelder nicht gebe. Charakteristisch für die Arbeiterfreundlichkeit gewisser Leute ist folgender Fall:

Der Inhaber des arisch-deutschen Bazzars am Spittelmarkt suchte kurz vor Weihnachten einen Hausdiener, der zugleich den Verkauf auf der Straße mit zu besorgen hat, der in Aussicht gestellte Lohn betrug 18 M.; als dem Arbeitgeber entgegengehalten wurde, daß der ortsübliche Lohn mindestens 15—18 M. betrage, meinte er: „Er könne nicht so viel geben, da er billiger arbeiten müsse, wie die Juden.“ Kollege Klein giebt nun den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. Hierauf folgte der Bibliotheksbericht. Ein Antrag des Vorstandes, die Unterstützungen im dritten Vereinsjahre, wie gewiesen beizubehalten, gelangt zur Annahme, dagegen wird ein Antrag Kaiser, die Sterbe-Unterstützung auf Kinder unter ein Jahr alt auszudehnen, abgelehnt. Ein Antrag Schuhmann, auch Nichthausdiener im Verbands aufzunehmen, wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Ein weiterer Antrag des Vorstandes, nur neun Vorstandsmitglieder zu wählen, wird abgelehnt. Dem Kassirer Grauer wurden 50 M. Monatsgeld bewilligt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Otto Blath, 2. Vorsitzender Schuhmann, 1. Schriftführer Hoffmann, Kassirer Oswald Grauer. Als Vertreter für den Norden bestimmt die Versammlung Wich. Streiter und Göbke; für den Osten Kleinte, Gutsch und Joubrent; für den Südosten Kleinte, Gutsch und Joubrent; zu Revisoren die Kollegen Fuchs, Kleemann und Urbes. Das Amt des Arbeitsvermittlers übertrug man wiederum dem Kollegen Grauer.

Die Korbmacher hatten am Sonntag, den 7. Januar, eine öffentliche Versammlung bei Volk, in welcher der Genosse Hoffmann seinen Vortrag über die zehn Gebote und die besingende Klasse hielt. Die Fortsetzung des mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommenen Vortrages findet in einer zweiten öffentlichen Versammlung am nächsten Sonntag statt. Kollege Keller forderte im Anschluß hieran die Anwesenden auf, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, hauptsächlich gelte dieses für die Frauen. Nach Schluß der Versammlung folgte ein gemüthliches Beisammensein.

Vermischtes.

Philisterforgen. Hier und da auf der Welt giebt es noch eine eigene Spezies fossiler Ueberbleibsel aus vorhistorischer Zeit. Die guten Leuten nennen sich Schützenbrüder und sie versammeln sich, mit Erlaubniß einer hohen Polizei, einen alten Schießprügel auf dem Buckel tragend, gewöhnlich einmal alljährlich an einem abgelegenen Ort, lassen dort den Landesfürsten hochleben und besaufen sich dann nach alten Junstbrauch. Uebrig ist den ruhigen Kerlechen aber krabbelig zu Muthe geworden und sie wollen, damit man absolut von ihnen reden soll, die Aufmerksamkeit der Leute durch einen für sie patentirten Gruss auf sich lenken. Zwei Parteien unter ihnen streiten sich, ob man sich schneller durch das Wort „Halt fest“ oder durch „Gut Ziel“ vor der Welt lückerlich macht. Unschlüssig riesen sie endlich die Gelehrtenwelt zum Schiedsrichter an und senden auch ein paar Professoren zur Beilegung des Profschmüselkriegs, nämlich den alten Daniel Sanders, dem wir Vesperes zugetraut hätten und den allzuberühmten Hohenzollern-Dichter Felix Dahn. Diese haben sich unter eingehender Begründung für „Gut Ziel“ erklärt und so wird denn der Kampf, der schon zu einem Kompromiß auszuarten drohte, hoffentlich durch die Autorität zweier deutscher Lenker beigelegt werden. Sollte man also zufällig einmal mit dem Gruss „Gut Ziel“ überumpelt werden, so denke man nicht gleich an Toldorf, sondern erinnere sich, daß zwei deutsche Professoren ihren Segen zu dieser Marrethei gegeben haben.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 14. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus dem sogenannten Rechtsstaat. — Die „Red Van“-Agitation in England. Von C. Hugo. — Aus unserem modernen Kunstleben. Von Fritz Aunert. (Schluß.) — Parcellen. — Notizen: Die Arbeitsinspektion in Fabriken und Werkstätten. Von A. Rebel. Ein amerikanischer Gouverneur über die Behandlung der Arbeitslosen von S. D. Sewelling, Gouverneur. Zur Entwicklung der Presse. — Feuilleton: Deutsche Geschichte. Von J. Mehring. I.

Eingelassene Druckschriften.

Artikel und materielle Grundlagen des Sozialismus. Von Georg v. Görne. Berlin. (Im Selbstverlag.) Königsbergerstraße 41.
Waldkunst, Handfleiß und Handindustrie. Von Alois Riegl. Berlin. Verlag von Georg Siemens.
Heber Land und Meer. Deutsche Illustrirte Zeitung. Ausgabe für Oesterreich-Ungarn.
Natur und Haus. Illustrierte Zeitschrift für alle Liebhaber im Reich der Natur. Herausgegeben von Dr. Ludwig Staby und Max Hebdorfer. Berlin. Verlag von Robert Oppenheim. (Oskar Schmidt.) 2. Jahrgang. 5., 6. und 7. Heft. Preis vierteljährlich (6 Hefte) 1 M. 50 Pf. Einzeln 4 Pf.
Streitschlichter auf unsere politische und wirtschaftliche Lage. Von Alfr. Teeg. Groß-Bichterfeld. Verlag des Verfassers.